Nummer 27 Stuttgart, 2. Juli 1927 45. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher S. A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1,50 Mk.
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

B. I. T. - I. L. O.

Zollwucher

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter

Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat man als eine der ersten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Gesundung Europas den Abbau der Zollschranken bezeichnet. Im Auftrage der deutschen Reichsregierung hat auch der Staatssekretär Trendelenburg dieser Auffassung zugestimmt. Auch Stresemann hat sich vor ganz kurzer Zeit in Genf ähnlich geäußert. Die Reichsregierung hat sogar in einem Kabinettbeschluß feierlich die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz gebilligt und den Abbau der Zölle als eine „wesentliche Voraussetzung für die Gesundung Europas, für den Fortschritt der Zivilisation und die Erhaltung des Friedens" bezeichnet. Eine amtliche Mitteilung sagt darüber:

„Das Kabinett steht in diesen Fragen auf dem Boden der Beschlüsse der genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es wird demgemäß unverzüglich der Reichswirtschaftsrat um Erstattung eines Gutachtens unter Zuziehung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstags über eine Revision des deutschen Zolltarifgesetzes zwecks Herabsetzung des Zollniveaus ersucht werden. Sodann sollen entsprechende Vorschläge beschleunigt den gesetzgebenden Körperschaften zugehen."

Man sollte meinen, daß nach diesen eindeutigen Erklärungen der Regierung kein Zweifel an ihrer Bereitwilligkeit bestehe, die Zölle zu senken. Weit gefehlt! Das alles hindert den Unterernährungsminister Schiele nicht im geringsten, zur gleichen Zeit im Lande herumzuziehen und sich scheinbar in offenbaren Gegensatz zur Regierung und zu seinen Ministerkollegen zu stellen. „Wenn man heute auf Grund der schlecht verstandenen Thesen der genfer Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau des deutschen Zollniveaus diskutiere, so übersehe man die noch heute vorhandene Ungleichheit des zollpolitischen Rüstzeugs der Industrie und der Landwirtschaft." Sieht man sich die Stellungnahme der Reichsregierung einmal genauer an, dann findet man in der Tat nur einen scheinbaren Widerspruch zwischen dem Kabinett und dem Minister Schiele. Sie werden jetzt schon Farbe bekennen müssen bei der Abstimmung über einen den zuständigen Ausschüssen vorliegenden Antrag der Sozialdemokraten. In diesem Antrag wird die Reichsregierung ersucht, bei der bevorstehenden Verlängerung des provisorischen Zolltarifs von jeder Erhöhung abzusehen und für den Herbst eine Vorlage vorzubereiten, durch die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der genfer Konferenz eine allgemeine Ermäßigung der deutschen Zollsätze festgesetzt wird. Wie der Beschluß auch ausfällt, die Zollfrage ist heute schon erledigt. Die grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung zu den Weltwirtschaftsbeschlüssen ist blauer Dunst. Deutschland und seine Regierung stehen wieder einmal als die blamierten Europäer vor der Welt.

Entgegen ihren eigenen Erklärungen und feierlichen Zustimmungen hat die Regierung dem habsüchtigen Drängen der Großgrundbesitzer wieder einmal nachgegeben. Sie hat die von ihr selbst gehißte Flagge der Wirtschaftsverständigung treulos verlassen, ohne den geringsten Versuch der Verteidigung zu machen. Das Reichskabinett schlägt nämlich dem Reichstag folgende Zollveränderungen vor:

1. Der Kartoffelzoll wird von 50 ₰ je Doppelzentner auf 1 ℳ erhöht. Der Zoll tritt am 1. Dezember 1927 in Kraft.
2. Für die Einfuhr von Schweinefleisch fällt der Zwischenzoll weg, so daß der Zoll für Schweinfleisch von 21 auf 32 ℳ erhöht wird.
3. Der zollfreie Gefrierfleischanteil soll in Höhe von 120 000 Tonnen im Jahr beibehalten werden, jedoch nur bis zum 31. Dez. 1929.
4. Der Zuckerzoll wird auf 15 ℳ erhöht.

So, das ist der Abbau der Zölle als „wesentliche Voraussetzung für die Gesundung Europas", wie ihn die Bürgerblockregierung sieht. Die Wirkung dieser Regierungskunst im Ausland kann nicht zweifelhaft sein. Wie aber ist ihre Wirkung im Inland? Auch darüber kann kein Zweifel bestehen. Jede Zollerhöhung bedeutet Preissteigerung, jede Preissteigerung drückt die Lebenshaltung weitester Volksschichten herab.

Gewiß haben die Agrarier noch nicht den Gefrierfleischzoll erreicht. Ebensowenig ist die geplante Erhöhung des Weizenzolls von 5 auf 5,50 ℳ gelungen. Aber ist es nicht genug, daß drei Nahrungsmittel: Kartoffel, Fleisch und Zucker, die im Haushalt des Arbeiters so dringend gebraucht werden, als Gegenstand der Teuerung zunächst herausgenommen werden? Die Erfahrung hat uns gezeigt, wie schnell sich die Preise für andere Nahrungs- und Gebrauchsmittel anzupassen pflegen. Bei der Verschlossenheit des deutschen Unternehmertums besteht auch gar keine Aussicht für die Arbeiterschaft, die durch diese Zollräuberei hervorgerufene Preistreiberei durch Lohnerhöhungen rechtzeitig wieder auszugleichen. Den Letzten beißen bekanntlich die Hunde!

Die deutschen Verbraucher sind bei diesem Reichstag der Plünderung schutzlos ausgesetzt. Es besteht kaum Aussicht, daß etwa die Absichten der Reichsregierung im Reichstag vereitelt werden. Die Bürgerblockparteien werden zu diesem Raubzug auf die Taschen der Verbraucher ihren Segen geben.

Der Verlauf der Zollfrage wird im Reichstage noch zu heftigen Kämpfen führen. Die Auswirkungen für den Einzelhaushalt werden sich erst später zeigen. Die Gewerkschaften werden in eine Reihe von Lohnkämpfen eintreten müssen, um die drohende Gefährdung der Lebenshaltung der Arbeiter abzuwehren.

Ogohl.

Zweierlei Sittlichkeit

In Bremen hat man die Schustersfrau Kolomak wegen Kuppelei zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Prozeß beleuchtete mit aller Deutlichkeit wieder, wie wenig die meisten Richter sich dazu eignen, in Dingen der Sittlichkeit Urteile zu finden, die dem natürlichen Empfinden der breiten Massen entsprechen.

Wir können uns, da die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, und die Presse den Verlauf nur in groben Umrissen darstellen durfte, kein vollständiges Bild machen. Aber das Wenige, was wir erfahren haben, reicht doch aus, um uns ein Bild von der eigentümlichen Geistesverfassung des Richters und des Staatsanwalts zu machen.

Eine bewußte Rechtsbeugung liegt wohl nicht vor. Obwohl der Durchschnittsleser der Prozeßberichte den Eindruck gewinnen mußte, hier legt man gar kein Gewicht auf die Entlastungszeugen, die ja nicht gerade gering an Zahl aufmarschierten, gut bürgerlicher Herkunft sind und die dem Ehepaar Kolomak das beste Leumundszeugnis ausstellen. Nein, hier beschäftigen der Staatsanwalt und der Vorsitzende sich ja stunden-, tagelang mit ein paar recht fragwürdigen Belastungszeugen, denen man es doch schon an der Nase ansehen mußte, daß sie die Familie Kolomak „reinreißen" wollten. Der Eindruck läßt sich so leicht nicht verwischen!

Aber warum hatte denn die große Masse diesen Eindruck? Warum die anwesenden Berichterstatter? Und warum die Richter nicht?

Des Rätsels Lösung wird die sein: Befangen in der „Moral" ihrer Gesellschaftskreise drückten die Richter der Angeklagten den Stempel der Verworfenheit auf, nur, weil sie unter der Anklage eines häßlichen Verbrechens stand. Das klingt zwar merkwürdig. Aber es wird uns verständlich, wenn wir einen Blick in die Seele der bürgerlichen Gesellschaft werfen, zu welcher ja auch die allermeisten Richter gehören.

Der Bürger hat sich eine doppelte Moral zurechtgelegt. Allen Schweinereien gegenüber, die in seinen Kreisen passieren, hat er nur meistens das Lächeln des Verständnisses; oder, wenn sie mal gar zu arg sind, rafft er sich zu einem Protest auf, der aber ja nicht über die Grenzen der guten Gesellschaft hinaushallen darf. Er protestiert weniger aus Gründen der sittlichen Reinlichkeit, sondern meistens nur aus Angst, daß solche Geschichten in die Öffentlichkeit kommen und zu einem Skandal für die besseren Schichten werden könnten. Dagegen schreit er gleich nach dem Staatsanwalt, wenn er irgendwo etwas sittlich „Anstößiges" in den unteren Schichten erschnüffelt hat. Da ist er voll von Entrüstung und pudert in seiner Presse breit und lang über „Sittenverfall", „Verwahrlosung der Jugend" und was solcher allzu bekannten Phrasen mehr sind.

Der Bürger darf neben seiner legitimen Ehe noch so viel zärtliche Verhältnisse haben, wie sein Geldsack es ihm erlaubt. Alle wissen es, aber keiner wird ihm einen Vorwurf machen. Sowas ist ja in diesen Kreisen nichts Ehrenrühriges, auch wenn es nach den christlichen Grundsätzen, nach dem der Bürger zu leben vorgibt, unsittlich ist. Da gibt es auch Fälle, die der Zuhälterei gar nicht fernstehen, nämlich, wo der Gatte aus den Bekanntschaften seiner Frau noch kleine Profite zieht. Offiziell weiß er natürlich davon nichts.

Aber — wenn ein Arbeiter, der zu seinem Eheweib keine Beziehungen mehr hat, wo die Ehe zur Hölle geworden ist, eine außereheliche Liebesfreundschaft mit einer Frau hat, die ihm das vermißte Glück ersetzt, dann brüllt die ganze „gute" Gesellschaft über „Lockerung der alten sittlichen Grundsätze", „Verstöße gegen die Heiligkeit des Ehe", „Verfall aller hehren Ideale" usw.

Letzthin wurde in Berlin eine arme Witwe wegen Kuppelei unter Anklage gestellt. Was war vorgegangen? Man höre: Die Frau hat einen großjährigen Sohn. Er ist Arbeiter. Der Mann lernt im Betriebe eine junge Arbeiterin kennen. Beide verlieben sich ineinander. Das Mädel hat keine Angehörigen und wohnt in einer elenden Schlafstelle, wo sie nach Feierabend noch Hausarbeit machen muß, um ein Teil von der Miete abzuarbeiten. Der Sohn, der sich entschlossen hat, das Mädchen zu heiraten, macht seiner Mutter den Vorschlag, die Braut zu sich zu nehmen, wo sie der Mutter in der Wirtschaft mithelfen könnte und wenigstens ein Heim habe. Nichts ist natürlicher, als daß die Mutter auf diesen Vorschlag eingeht, denn von den bürgerlichen Bedenken, nach welchen eine Braut noch nicht im Hause des Bräutigams nächtigen darf, bevor die Ehe nicht geschlossen ist, weiß die alte Frau mit ihrem unverdorbenen Herzen nichts. Und das hatten nun saubere bürgerliche Nachbarn erfahren und Strafanzeige gemacht.

Ja, da fassen wir uns an den Kopf! Ist es überhaupt möglich, daß sich ein Staatsanwalt, der nicht von allen guten Geistern verlassen ist, dazu hergibt, in diesem Fall Anklage zu erheben?

Und dieser Fall ist typisch!

Ich sage nicht, daß die Richter Heuchler seien, nein, aber die „Moral" ihrer Klasse steckt ihnen so im Blut, daß sie tausendmal in ihren Urteilen zum Ausdruck kommt, ob sie wollen oder nicht. —

Ich war vor Jahren mit einem Referendar befreundet, einem jungen Mann aus gut bürgerlicher Familie, der sich während seiner Studienzeit und seiner Tätigkeit beim Gericht geflissentlich von allem studentischen Vereinsklimbim und seinem Kollegen fernhielt und überhaupt nicht in Gesellschaften ging, sondern seine freie Zeit dazu benutzte, in finsteren Vorstadtkneipen, unter Prostituierten, in Portierwohnungen oder in Familien ärmster Proletarier, die er sich zu Freunden machte, zu verkehren. „Ich werde eines Tages Richter sein," sagte er mir, „und wie könnte ich dann Recht sprechen wollen über Menschen, deren Seele ich gar nicht kenne. Mit Grauen sehe ich in vielen Verhandlungen, denen ich beiwohne, daß die Richter genau so urteilen, wie in unseren bürgerlichen Kaffeekränzchen geurteilt wird. Sie sitzen zu Gericht über eine Welt, die nach ganz anderen Gesetzen beurteilt werden will und muß! Was wissen die meisten Richter von dieser anderen Welt? Sie werden im ordentlichen Elternhaus erzogen, behütet und verhätschelt, rutschen durchs Gymnasium, beziehen anschließend die Universität, lernen Paragraphen auswendig und sind eines schönen Tages Richter oder Staatsanwälte."

Wie recht hatte er! Und wie wenige solcher Männer wird es im Richterstande geben, deren Gewissen so entwickelt ist, wie bei diesem jungen Referendar!

Und ich glaube bestimmt: Hätte dieser Mann als Richter oder Staatsanwalt einen Fall wie den der Frau Kolomak zu behandeln gehabt, so hätte er sich seiner Bekanntschaft und Freundschaft mit Proletariern erinnert, die er nicht wie ein Detektiv oder Wissenschaftler „studierte", sondern deren Seele sich ihm offenbarte, weil er als Freund und Mitleidender kam. Und er würde es in seinem Urteil zum Ausdruck gebracht haben, daß in proletarischen Kreisen vieles nicht einmal als unsittlich empfunden wird (weil es in der Tat meistens nicht unsittlich ist!), was die bürgerlichen Paragraphenkauer, als Opfer ihrer Gesellschaftsmoral, sogar zum Verbrechen stempeln.

Erich Weinert.

Der Reinfall der gelben Werkvereine

Sie sind nicht tariffähig

Der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine hat einen bösen Reinfall erlebt. Er hatte den Professor Dr. Kaskel von der Universität Berlin um ein Gutachten über die Tariffähigkeit der ihm angeschlossenen Werkvereine wie des Reichsverbandes selbst gebeten. Das Gutachten liegt uns vor. Beim Durchlesen wird es uns begreiflich, daß es die Gelben bisher ängstlich vermieden haben, das Gutachten im Wortlaut zu veröffentlichen. Denn es sagt nicht mehr und nicht weniger, daß die gelben Werksgemeinschaften nicht als tariffähig angesehen werden können. Der Gutachter knüpft nämlich die Tariffähigkeit an Voraussetzungen, die der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine bisher weder erfüllt hat, noch jemals erfüllen können wird.

Professor Dr. Kaskel geht in dem Gutachten zunächst vom Tarifvertrag aus und erläutert eingehend, um was es sich bei diesem handelt. Er bezeichnet den Tarifvertrag als einen Friedensvertrag, der den Ausbruch eines Arbeiterkampfes verhindern oder einen ausgebrochenen Arbeitskampf durch einen Friedensschluß beenden soll. Ein Friedensvertrag ist aber begriffsnotwendig mit der Möglichkeit eines Kampfes verknüpft; denn wo ein Kampf überhaupt unmöglich ist, verliert jeder Friedensvertrag seinen Sinn. Die Voraussetzung jedes Friedensvertrages und daher der Abschluß eines Tarifvertrages ist daher nach Kaskel begriffsnotwendig die Möglichkeit der Vornahme von Kampfhandlungen. Daher muß jede der Tarifparteien wenigstens die Möglichkeit der Vornahme von Arbeitskämpfen oder einzelner Kampfhandlungen im Rahmen des Arbeitsverhältnisses besitzen. Kaskel fährt dann wörtlich fort:

„Die Fähigkeit zu sozialer Gegenspielerschaft, die aus Begriff und Wesen des Tarifvertrages als für die Tariffähigkeit erforderlich abgeleitet wird, besteht hiernach in der Möglichkeit, gegenüber der tariflichen Gegenpartei Kampfhandlungen vorzunehmen. Nicht entscheidend ist, ob tatsächlich die Absicht besteht, solche Handlungen auch wirklich vorzunehmen, ob sie grundsätzlich gebilligt, von vornherein vorgesehen, in die Satzung aufgenommen und womöglich durch ein besonderes Reglement bereits im einzelnen vorbereitet werden. Es genügt vielmehr, ist andererseits aber auch unbedingt erforderlich, daß jede Partei, wenn es notwendig werden sollte, mindestens überhaupt in der Lage ist, Kampfhandlungen im Gebiet des Arbeitsverhältnisses vorzunehmen, so daß die Gegenpartei irgend ein Interesse daran hat, zur Verhütung oder zur Beendigung solcher Kampfmaßnahmen sich in eine Regelung strittiger Fragen des Arbeitsverhältnisses einzulassen ..."

Kaskel sagt dann weiter, daß das entscheidende Merkmal, von dem die Fähigkeit zu sozialer Gegenspielerschaft gegenüber dem Arbeitgeber die Selbständigkeit ist, das heißt die Fähigkeit, diejenigen Maßnahmen, die gegenüber dem sozialen Gegenspieler erforderlich oder erwünscht sind, nach freier Willensentschließung zu bestimmen. Diese Willensentschließung muß unabhängig und unbeeinflußt von irgendwelchen außerhalb der Organisation stehenden Faktoren sein:

„Der Gründungsvorgang (der Organisation) muß sich rechtlich als ein freier Willensakt der Verbandsteilnehmer darstellen, die Gründung also von diesen und nicht von dritter Seite oder unter Beteiligung von dritter Seite erfolgen. An dem zur Gründung erforderlichen Gesellschaftsvertrag oder Gesamtakt dürfen daher nur die Verbandsmitglieder beteiligt sein, die Einberufung zur Gründungsversammlung muß von ihnen oder ihren Vertrauensleuten ausgehen, an der Versammlung selbst dürfen nur sie teilnehmen, der rechtsgeschäftliche Beschluß der Verbandsbildung muß dem freien Willen der künftigen Verbandsmitglieder entsprechen und darf insbesondere nicht durch Hinweis auf Wünsche oder Druckmittel der Gegenseite herbeigeführt werden ...

Und sie muß anderseits inhaltlich so gefaßt sein, daß außenstehenden Faktoren keinerlei Einfluß zusteht und daß die eigene Kraft des Verbandes ohne fremde Unterstützung unter allen Umständen ausreicht. Hierzu gehört vor allem die Erhebung eigener Beiträge durch die Verbandsmitglieder in einer Höhe, die für die Aufgaben des Verbandes für sich allein in vollem Umfange genügt ...

Nicht erforderlich ist dagegen die Aufnahme der sogenannten „gewerkschaftlichen Kampfmittel", ja sogar deren grundsätzlichen Mißbilligung ist kein Hindernis, sofern nur im äußersten Falle die Möglichkeit ihrer Anwendung besteht ...

Die tatsächliche Selbständigkeit bedingt, daß die wirklichen Verhältnisse der Organisation dieser rechtlichen Einkleidung auch entsprechen, daß also die Vereinigung ihren Willen nicht nur formell selbständig bilden kann, sondern daß sie ihn auch tatsächlich in vollem Umfang frei und selbständig bildet, daß daher insbesondere irgendwelche Einflüsse der Gegenseite auf diese Willensbildung unterbleiben. Entscheidend hierfür ist vor allem, daß irgendwelche Unterstützung oder Förderung geldlicher oder sonstiger Art seitens der Gegenparten nicht stattfindet, und zwar weder unmittelbar durch eigentliche Zuwendungen, noch auch

mittelbar durch Vermögensverwaltung, Beteiligung ohne ähnliche Verhältnisse."

Kaskel prüft nun unter Beachtung dieser eben genannten Grundsätze, ob die dem Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine angeschlossenen Organisationen die Tarifähigkeit besitzen oder nicht. Er geht dabei davon aus, daß die Vereine die Voraussetzung zu der sozialen Gegenspielerschaft gegenüber dem Unternehmer erfüllen, da sie nach ihren Satzungen zu ihren Aufgaben zählen für gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten und auch nach § 2 Absatz 5 der Satzung des Reichsbundes die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht grundsätzlich ablehnen. Für Kaskel ist nun weiter die Frage entscheidend, ob die Werkvereine die Selbständigkeit besitzen, also weder mittelbar noch unmittelbar vom Unternehmer abhängig sind, die nach Kaskel zur Tarifähigkeit erforderlich ist. Er kommt auf Grund der ihm vorgelegenen Satzungen zu dem Ergebnis, daß der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine als solcher, da er Spitzenverband ist, nicht tariffähig ist. Dagegen sind die angeschlossenen Einzelverbände nach Maßgabe ihrer Satzungen als tariffähig zu bezeichnen und würden ihre Tariffähigkeit nur dann verlieren, wenn sie entgegen ihren satzungsmäßigen Bestimmungen nach ihrer Bildung oder nach ihrer Willensbetätigung irgendwie, insbesondere durch Annahme geldlicher oder sonstiger Unterstützung von Arbeitgeberseite, ihre volle Selbständigkeit aufgeben.

Kaskel betont aber ausdrücklich, daß er lediglich auf Grund einer „juristischen Prüfung" des vorgelegten Materials zu dem bejahenden Ergebnis der Tariffähigkeit der Werkvereine kommt.

Er sagt wörtlich:

„Dieses Ergebnis ist aber dadurch bedingt, daß auch tatsächlich Gründung und Betätigung der Vereine sich in den durch die Satzung bezeichneten Bahnen bewegen. Ob und inwieweit das bei den einzelnen Vereinen auch wirklich der Fall ist, liegt naturgemäß außerhalb des Rahmens eines Rechtsgutachtens."

Der Reichsbund hat Kaskel um das Gutachten ersucht und Kaskel, der sehr wahrscheinlich die praktische Tätigkeit der Werkvereine genau kennt, hat sich aus diesem Grunde nur von rein rechtlichen akademischen Gedankengängen leiten lassen und die Praxis vollständig und wahrscheinlich bewußt außer acht gelassen, weil er sonst zu einem anderen Ergebnis hätte gelangen müssen. Er hat das aus Takt gegenüber dem Auftraggeber getan. Indem Kaskel sich bewußt auf die rein rechtlich-juristische untersuchende Behandlung des Gegenstandes beschränkte und daher den Inhalt der ihm vorgelegten Satzungen ganz akademisch, ohne jede Beweiserhebung und Tatsachenfeststellung zur Grundlage seiner Schlußfolgerungen nahm, erübrigte sich dadurch für Kaskel überhaupt die Prüfung, ob denn nun auch tatsächlich die von ihm für die Tariffähigkeit der Werksvereine erforderlich gehaltenen Voraussetzungen mit der praktischen Auswirkung und Betätigung der Werkvereine übereinstimmen.

Wir glauben Herrn Professor Dr. Kaskel in keiner Weise zu nahe zu treten, wenn wir auf Grund seines Gutachtens annehmen, daß er diese Voraussetzungen absichtlich so scharf und unzweideutig umrissen hat, damit es für die Werksvereine beim Vorliegen der Nichterfüllbarkeit dieser Voraussetzungen kein Entrinnen geben kann. Dieses Beweiserbringen überläßt Kaskel den Gewerkschaften. Das Gutachten ist vernichtend für die Werksvereine. Es ist notorisch, daß sie praktisch niemals an Kampfhandlungen denken, nie solche durchgeführt haben, den Gewerkschaften bei Kampfmaßnahmen in den Rücken fallen und von den Unternehmern unterstützt werden. Wir können sogar an der Frage der Tariffähigkeit nachweisen, daß sie diese Frage mit Unterstützung der Unternehmer zu einer für sie günstigen Lösung bringen wollten. Da wurde beispielsweise in einer Sitzung im Reichsarbeitsministerium, die sich gerade mit der Frage der Tariffähigkeit eines Werkvereins der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beschäftigte, einwandfrei nachgewiesen, daß die Werksvereinsvertreter das Geld zu ihrer Reise von dem Werk erhalten hatten.

Das Gutachten versetzt den Werkvereinen den Todesstoß. Denn es bestätigt gerade, was die Werkvereine nicht zum Beweis hatten erheben wollen. H.

*

Der Reichswirtschaftsrat hat, wie aus Berlin vom 21. Juni gemeldet wird, eine Entscheidung gefällt, die auch von großer Bedeutung ist. Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses hat ein Gutachten dahin abgegeben, daß der Reichslandarbeiterbund (eine Gründung der Gelben) keine selbständige Organisation von Arbeitern sei. Die wirkliche Selbständigkeit sei aber die unentbehrliche Voraussetzung, um als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gesetzgebung zu gelten. Der Ausschuß hat diese Entscheidung in der Hauptsache gefällt auf Grund der Untersuchungen der Satzungen verschiedener Unterverbände des Reichslandarbeiterbundes und einer Reihe von Landbundorganisationen, denen die Arbeitnehmergruppen angeschlossen sind.

Somit bestätigt auch die Entscheidung des Reichswirtschaftsrates, daß die Gelben keine Gewerkschafter, sondern Kostgänger der Unternehmer sind.

Wirtschaftslage günstig beurteilt

Die mannigfachen Berichte der Banken über die Wirtschaftslage sind meistens auf einen sehr zuversichtlichen Ton gestimmt. Die Disconto-Gesellschaft beurteilt in ihrem neuesten Bericht die kommende Wirtschaftslage folgendermaßen: „Die Besserung des Arbeitsmarktes hat der wirtschaftlichen Gesamtlage in den letzten Wochen eine fühlbare Erleichterung gebracht. Nachdem die Erwerbslosenzahl im Januar ihren Höhepunkt erreicht hatte, konnten schon bis Mitte März 170 000 Erwerbslose wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Das bedeutet nicht nur eine entsprechende Steigerung der Erzeugung, sondern, was ebenso wichtig ist, auch einen Zuwachs von Kaufkraft im inneren Markt. Die gleiche Wirkung hat der erhebliche Rückgang der Kurzarbeit, der bereits in den Monaten Januar und Februar rund 20 vH gegenüber dem Stand Ende 1926 betrug und inzwischen ebenfalls weitere Fortschritte gemacht hat. Es handelt sich bei dieser Entwicklung des Arbeitsmarktes nicht nur um die üblichen Saisonschwankungen, die von der Landwirtschaft und vom Baugewerbe ausgehen, sondern auch um die Ausstrahlungen der im ganzen sich weiter günstig gestaltenden Beschäftigungslage der Fertigindustrien. Die Textilindustrie meldet aus ihren meisten Zweigen, besonders der Baumwolle-, Seiden- und Kunstseidenverarbeitung, einen lebhaften Geschäftsgang, die Metallindustrie ist gut, in einigen Zweigen sogar recht gut beschäftigt. Bei der Maschinenindustrie hat sich im März der Auftragseingang im Inlands- und Auslandsgeschäft weiter verstärkt, und die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe ist von 40 auf 35 vH gesunken. Die elektrotechnische Industrie rechnet für die kommenden Monate mit vermehrter Beschäftigung. Übereinstimmend mit den Verarbeitungsindustrien haben sich Produktion und Absatz in der Eisen- und Stahlindustrie weiter günstig entwickelt."

Demnach scheint in der Tat die deutsche Wirtschaft einer Zeit gedeihlicher Blüte entgegenzugehen. Sache der Arbeiterschaft ist es, dafür zu sorgen, daß die damit verbundene Gewinnsteigerung nicht den Unternehmern in vollem Umfange zufließt, sondern auch sie einen angemessenen Anteil daran haben. Mehr als jemals gilt hier das Sprichwort: Organisiert euch, um die Zeit zu nützen.

Utopie und Wirklichkeit

Die Wege der wirtschaftlichen Entwicklung festzustellen und sie in ihrem zukünftigen Verlaufe zu bestimmen, ist zu allen Zeiten versucht worden. Auf diese Weise sind mitunter prächtige Zukunftsbilder entstanden, die nur den Fehler aufwiesen, daß sie sich nicht verwirklichten. Die wirtschaftliche Entwicklung nahm ihren eigenen Lauf, in der Regel über das hinaus, was die Menschen von ihr erwarteten. Wie gewaltig sind allein die technischen und wirtschaftlichen Fortschritte des letzten Jahrhunderts, die auf allen Gebieten selbst von den kühnsten Denkern früherer Zeiten nicht geahnte Umwälzungen hervorriefen.

Nur in einem blieben die Erwartungen dieser Denker unerfüllt. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung waren andere, als sie voraussetzten. Ihre Annahme, daß sich mit der steigenden Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit auch die allgemeine soziale Lage der arbeitenden Menschheit heben müßte, zunehmender Wohlstand für alle die bestehenden wirtschaftlichen Mißstände zum Verschwinden bringen würde, erwies sich als Irrtum. Und merkwürdig genug sind gerade jene Wirtschaftszeiten, wo der wissenschaftliche und technische Fortschritt die größten Errungenschaften zu verzeichnen hatte und die alten rückständigen Produktionsmethoden durch bessere ersetzt wurden, durch eine zunehmende Verelendung der arbeitenden Volkskreise gekennzeichnet.

Das erscheint widersinnig, ist aber so. Erleben wir es doch selbst, daß die gegenwärtig durchgeführte Rationalisierung, die gesteigerte und verbilligte Warenerzeugung weit entfernt davon, die allgemeinen Bedürfnisse besser zu befriedigen, nur dazu dient, den Besitzern der Produktionsmittel höhere Gewinne zu verschaffen, dagegen auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit zu vermehren.

Was die volkswirtschaftlichen Denker früherer Zeit irre führte, war der Umstand, daß sie die gesellschaftlichen Zustände sowie die daraus entspringenden wirtschaftlichen Verhältnisse als allein von der Einsicht und dem Willen der herrschenden Klassen abhängig betrachteten. Es war nach ihrer Ansicht nur notwendig, die Oberschicht von der Unzulänglichkeit der Wirtschaftsorganisation zu überzeugen, um so ohne besondere Schwierigkeiten zu einer Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mißstände zu gelangen, an die Stelle der alten eine vollkommenere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu setzen.

Die von Marx und Engels begründete materialistische Geschichtsauffassung, die zum Gemeingut der sozialistischen Arbeiterbewegung geworden ist, tritt dieser Auffassung entgegen. Nach ihr ist die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung kein künstliches Gebilde, sondern das Ergebnis einer sich unter fortgesetzten Klassenkämpfen vollziehenden Entwicklung, die erst mit der Beseitigung der die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Klassenschichtung zu einem in die sozialistische Gesellschaft ausmündenden Abschluß gelangen kann. Auch dann wird selbstverständlich die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu Ende sein, sondern sich nur anstatt auf der kapitalistischen auf der sozialistischen Grundlage weiter vollziehen. Ein Stillstand der Entwicklung ist ausgeschlossen, wenn nicht ein Rückschritt eintreten soll.

Die materialistische Auffassung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet also die Dinge wesentlich nüchterner, indem sie von ihren Ursachen, den sie bewegenden Triebkräften ausgeht. Es wird ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie zu mechanisch sei, die Entwicklung zum Sozialismus als zwangsläufig betrachte und den Willen des Einzelnen völlig ausschalte. Das ist unrichtig! Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung vollzieht sich nach der materialistischen Auffassung keineswegs mechanisch. Ebenso kann von einer zwangsläufigen Entwicklung zum Sozialismus keine Rede sein. Der Wille des Einzelnen freilich bleibt — wenn er einzeln auftritt — auf diese Entwicklung ohne Einfluß. Anders dagegen, wo sich der einzelne Wille mit dem der ihm nahestehenden Klasse vereinigt oder dort sein Echo findet und so zum Massenwillen wird. In diesem Falle kann die betreffende Klasse, vorausgesetzt, daß sie stark genug und einig ist, durch ihren Willen einen sehr erheblichen, die wirtschaftliche Entwicklung bestimmenden Einfluß ausüben. Durch unausgesetzte politische und gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit hat sie die Arbeiter dahin belehrt, daß sie nicht untätig und auf eine sich von selbst vollziehende Besserung ihrer sozialen Lage warten dürfen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit werden die Arbeiter aufgerufen, ihre Klasseninteressen geltend zu machen, zu deren Wahrung ihre politischen und sozialen Rechte in Anwendung zu bringen, um nicht den übrigen Gesellschaftsklassen gegenüber ins Hintertreffen zu geraten. Das muß aber geschehen, wenn die Arbeiter diese Mahnungen nicht beachten. Ihre politische und gewerkschaftliche Teilnahmslosigkeit wirkt auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur fortschrittshemmend ein, sondern kann diese auch in einer ihre soziale Lage schwer benachteiligenden Weise rückschrittlich gestalten.

Wenn die Arbeiterschaft derart ihren Einfluß als Klasse nicht ausübt, ist auch die Entwicklung zum Sozialismus bedroht. Die sozialistischen Ideale der modernen Arbeiterbewegung können sich nur verwirklichen, wenn die Masse der heute vom Kapitalismus Ausgebeuteten plan- und zielbewußt auf ihre Durchführung hinstrebt. Dazu ist ihre organisatorische Zusammenfassung erforderlich. Denn nur die Organisation gibt gibt den arbeitenden Massen die Macht zum erfolgreichen Handeln. Die Grundlagen, auf denen sich die sozialistische Gesellschaft mit ihrer neuen Wirtschaft aufbauen soll, sind vorhanden. Es gilt, sie zu benutzen und möglichst zu erweitern. Auf politischem Gebiete zeigen sie sich in der Demokratisierung des Staats und der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Klassen, auf wirtschaftlichem Gebiete in dem Koalitionsrecht, desgleichen in den öffentlichen und privaten Ansätzen einer den Sozialismus vorbereitenden Gemeinwirtschaft sowie in den bestehenden sozialen Einrichtungen. Die Arbeiter haben damit greifbar vor Augen, wohin sie ihre Tätigkeit richten müssen, ohne Enttäuschungen zu erfahren.

Darüber müssen sie sich freilich klar sein: der Sozialismus wird nicht über Nacht kommen. Kein gewaltsamer Umsturz kann die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsform in die sozialistische herbeiführen. So wie die heutige Wirtschaft in langsamem Werden emporgewachsen ist, so kann auch die sozialistische Wirtschaft sich aus ihr nur in allmählicher Umbildung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen entwickeln. Wohl aber kann diese Entwicklung beschleunigt werden, wenn die Arbeiterschaft den Willen dazu aufbringt und durch ihre politische und gewerkschaftliche Tätigkeit die hierfür erforderlichen Vorbedingungen schafft. Mattutat.

Das Gespenst der Inflation

Er sprach ein großes Wort gelassen aus. Der Reichspostminister Schätzel nämlich, als er Mitte Juni, um die geplante Gebührenerhöhung der Post zu verteidigen und schmackhaft zu machen, den Reichstag mit den Worten zu beruhigen versuchte: „Das Gespenst der Inflation braucht deswegen nicht heraufbeschworen zu werden." Dies obgleich er unmittelbar vorher in derselben Rede gesagt hatte:

„Zehn Pfennig sind nach dem Stand unserer Währung höchstens sechs Pfennig."

Was mag sich des Reiches Postminister wohl eigentlich unter „Inflation" vorstellen? Hat er in den paar Jahren schon völlig vergessen, daß wir den jeweiligen Grad der Inflation eben gerade nach der Entwertung des Geldes zu bemessen pflegten? Weiß er nicht mehr, welchen Schrecken es jedesmal auslöste, wenn es hieß: Jetzt ist die Mark nur noch 60 Pfennig wert, jetzt nur noch 40, 20, 10 Pfennig usw.? Wenn es wahr ist, daß heute, im Sommer des Heils 1927, ein deutsches Zehnpfennigstück nur 6 Pfennig wert ist, dann hat der Postminister in gewissem Sinne recht: dann brauchen wir das Gespenst der Inflation in der Tat nicht erst heraufbeschwören, denn dann stecken wir bereits wieder mitten drin in der Inflation. Ist ja doch das Wesentliche der Inflation eben die Entwertung des Geldes.

Nun aber weiter. Wonach bemißt sich denn der Wert des Geldes? Wie hat der Minister das berechnet, daß ein 10 Pfennig genanntes Geldstück nur 6 Pfennig wert sei? Das kann und soll nur den Sinn haben: Mit einem Zehnpfennigstück kann man heute nur so viel kaufen wie man früher für 6 Pfennig bekam. Wann war dieses Früher? Nicht direkt gesagt, aber gemeint ist damit die Zeit vor dem Kriege.

Auch der Postminister kann es nur so gemeint haben. Denn er wollte ja gerade klar machen, daß die Post mit ihren Einnahmen nur 60 vH dessen kaufen kann, was sie früher einmal dafür hätte kriegen können. Das ist ja gerade der Grund, weshalb er die Einnahmen der Post erhöhen will.

Das bedeutet: Der Postminister bemißt den Wert des Geldes nach der Höhe der Warenpreise. Was, nebenbei bemerkt, durchaus richtig ist: je mehr die Waren kosten, desto weniger kriegt man für eine bestimmte Summe, desto tiefer steht der Wert des Geldes, desto weiter ist die Inflation vorgeschritten.

Durch das Festhalten am Zehnpfennigtarif, so behauptete der Minister weiter, habe die Post „wesentlich zur Stabilisierung der Währung beigetragen". Wie denn das? Im Rahmen des oben dargelegten logischen Zusammenhangs kann das nur den Sinn haben: Durch Festhalten am Zehnpfennigtarif hat die Post Preissteigerungen und dadurch eine Entwertung des Geldes verhütet. Daraus folgt dann ohne weiteres: Sobald die Gebühren erhöht werden, müssen allgemeine Preissteigerungen eintreten, muß die Währung erschüttert, die Inflation verschärft werden! Wurde doch gleich in derselben Sitzung des Reichstags von einem Abgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung (der also kein Revolutionär, nicht einmal ein bürgerlicher Demokrat ist) mitgeteilt, daß allein die Korrespondenzen der Gemeindeverwaltung Berlins durch die Postverteuerung 350 000 Mark jährlich mehr erfordern würden! Entsprechendes gilt für die Privatbetriebe. Sie alle werden dann dasselbe sagen, was jetzt der Postminister sagt, daß ihre Einnahmen nicht mehr ausreichen, daß sie für ihre Waren oder Leistungen mehr fordern müssen — die allgemeine Preissteigerung ist da und übers Jahr werden wir ausrechnen können, daß die Mark statt 60 nur noch 40 oder 30 Pfennig wert ist.

Zumal das ja nicht die einzige geplante Verteuerung ist. Im selben Augenblick kommen die Kohlensyndikate mit der Forderung, die Kohlenpreise zu erhöhen. Die Braunkohle ist schon verteuert, und zwar in dem Ausmaß von 7 bis 15 vH. Man ermesse, wie stark allein schon dies das Geld entwertet. Dabei hat gerade im Braunkohlenbergbau die Rationalisierung dem Kapital reiche Früchte gebracht. Die Förderleistung auf den Kopf der Arbeiter ist von 3,93 auf 4,18 Tonnen je Schicht in einem Jahre gewachsen (laut Bericht des Deutschen Braunkohlenindustrievereins) und übersteigt damit jetzt die Vorkriegsleistung um 13 vH. Trotzdem die Verteuerung, weil man im Auslande um so billiger verkaufen will. So trägt das Kapital keinen Augenblick Bedenken, die vaterländische Währung zu zerrütten, wenn es dadurch für sich selbst Vorteile zu ergattern hofft. Den Braunkohlen sollen die Steinkohlen folgen. Vor fünf Wochen erst ist der Antrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats abgelehnt worden, aber schon wiederholt dieses seine Forderung, volle 7½ vH mehr für seine Kohlen zu kriegen. Warum sollen sie zurückstehen, wenn die Braunkohlenherren ihre Forderung durchsetzen und zugleich auch den Agrariern wieder reiche Beute winkt! Man kennt ja den Beschluß der Reichsregierung vom 17. Juni, der sich den Wünschen der genfer Wirtschaftskonferenz nach Zollermäßigung aus vollem Herzen anschließt und ihnen zuliebe — Gutachten vorbereitet, inzwischen aber eine Erhöhung der Zölle auf Kartoffeln und Schweinefleisch ankündigt, nachdem der Zuckerzoll schon erhöht worden ist. Natürlich werden dann die Herren vom Eisen und Stahl auch nicht mehr lange zögern, bis sie das gleiche für sich fordern, und das Ende vom Lied wird sein eine abermalige merkbare Verteuerung des Lebensunterhalts.

Dessen Kosten sind aber auch bisher schon ununterbrochen gestiegen. Selbst der Index des Statistischen Reichsamts — der, wie wiederholt nachgewiesen, viel zu niedrig ist — gibt die Kosten der Lebenshaltung Anfang 1924 mit 122 an (das heißt 22 vH teurer als vor dem Kriege), für April 1927 aber mit 146. Das bedeutet mit anderen Worten, daß selbst nach dieser mäßigen Rechnung die Waren in ihrer Gesamtheit in den drei Jahren um 20 vH teurer geworden, das Geld um ebensoviel entwertet ist. Wenn die Mark heute 60 Pfennig wert ist, war sie demnach vor drei Jahren noch 75 Pfennig wert. Das sind die wesentlichen Anzeichen einer fortschreitenden Inflation.

Wenn also die Post und die Kohlen und die Kartoffeln und so nach und nach alles andere immer teurer wird, läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß eben dadurch in kürzerer oder längerer Frist die erhöhten Einnahmen wieder nicht ausreichen und abermalige Erhöhung fordern werden, bis wir wieder in dem Taumel des Jahres 1923 angelangt sein werden.

Schulz

Betrieb und Betriebsrat

Was der Betriebsrat sieht

Wenn man bedenkt, daß mit der beratenden Tätigkeit des Betriebsrates die Mitwirkung der Arbeiter an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht werden soll, wie es im Artikel 165 der Reichsverfassung als staatsbürgerliches Recht der Arbeitnehmer begründet ist, so ist leider zu sagen, daß dieses hohe Ziel in den verflossenen sechs Jahren nicht erreicht wurde. Immer wieder haben die BR gemäß § 66 BRG versucht, die Betriebsleitung durch ihren Rat zu unterstützen, um dadurch zu einem möglichst hohen Stand und einer möglichst hohen Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen beizutragen; aber fast nie haben sie Erfolg erzielt. Die Betriebsleitung wußte stets alles besser, und es war schon viel, wenn der BR überhaupt angehört wurde. Machte er auf die nach seiner Ansicht zu hohe Belastung des Betriebes durch unproduktive Kosten aufmerksam, die sich zum Beispiel aus dem Vorhandensein von unverhältnismäßig vielen sogenannten leitenden oder oberen Beamten oder aus der Überorganisation der Produktion und der Verwaltung ergaben, so wurde ihm von der Leitung des Unternehmens oft einfach jedes Verständnis und jede Urteilsfähigkeit darüber abgesprochen.

Selten wird zu den Beratungen der BR hinzugezogen, sondern meist erfährt er erst davon, wenn die Einführung neuer Arbeitsmethoden schon beschlossen ist, und auch dann oft erst durch Arbeitnehmer, die davon betroffen werden. Bei diesem Vorgehen hat ja auch die Betriebsleitung den Wortlaut des Gesetzes für sich, das nur für die Einführung neuer Arbeitsmethoden die Mitarbeit des BR fordert, aber nicht für die Beratungen und Berechnungen, die einer solchen vorherzugehen pflegen.

Wie wenig Vorschläge über neue Arbeitsmethoden, die vom BR oder anderen Arbeitnehmern ausgehen, von den Arbeitgebern geschätzt werden, zeigt sich auch sonst. So sind in Großbetrieben wohl ausnahmslos Einrichtungen getroffen, die derartige Vorschläge der Geschäfts- oder Betriebsleitung zuführen sollen. Nun geschieht das aber meist über besondere dazu eingesetzte Kommissionen, in denen die für den BR wahlberechtigten Arbeitnehmer nicht vertreten sind, sondern die nur durch von der Werks- oder Unternehmungsleitung bestimmte „höhere" Angestellte besetzt werden. Diese Herren können es dann oft nicht vertragen, daß ein Arbeitnehmer, der in kleinerer Stellung als sie selbst ist, auch einen guten Gedanken haben soll. Der Vorschlagende muß vielfach froh sein, wenn er nicht noch Vorwürfe bekommt, daß er den Instanzenweg nicht eingehalten habe. Es kann ihm aber auch passieren, daß sein Vorschlag als unbrauchbar abgelehnt wird und er ihn nach längerer Zeit unter dem Namen eines der Herren aus der Kommission durchgeführt sieht.

Eine besonders schwierige Lage entsteht für den BR bei Einführung neuer Arbeitsmethoden, durch die Personal erspart wird, das dann von den Arbeitgebern, oft gegen den Einspruch des BR, rücksichtslos entlassen wird. So ist es verständlich, wenn einige BR erklären, an der Durchführung des § 66 Ziffer 2 kein Interesse zu haben, da die erzielten Mehrerträge oder die ersparten Kosten doch nur dem Arbeitgeber und nicht auch den von ihnen vertretenen Arbeitnehmern zugute kommen.

Daß diese ganze beratende Tätigkeit des BR, wenn es sich darum handelt, sie in die Tat umzusetzen, lediglich vom Wohlwollen der Arbeitgeber abhängt, wird noch einmal ausdrücklich im § 69 BRG ausgesprochen. So kann es kommen, daß der Ausschuß des Gesamt-BR oder einzelne abgeordnete Mitglieder nach mühsamen Beratungen mit der Leitung des Unternehmens die Zusage erlangten, daß ein von den Arbeitnehmern durch den BR vorgetragener Wunsch verwirklicht werden soll. Aber die Leitung des in Frage kommenden Betriebes ist aus irgendeinem Grunde dagegen. Wer die Organisation von großen Unternehmungen kennt, weiß, wie schwer es für den BR ist, mit den obersten Spitzen an den Beratungstisch zu kommen. Damit rechnet in solchen Fällen die widerspenstige Betriebsleitung, zögert die Durchführung hinaus in der Hoffnung, daß der Beschluß in Vergessenheit gerät, und erreicht oft ihr Ziel. Der BR hat ja keine Macht, von sich aus die Durchführung zu veranlassen.

Aber nicht nur den Arbeitgebern soll der BR mit seinem Rat zur Seite stehen, sondern auch den Gewerbeaufsichtsbeamten, um an der Bekämpfung von Unfällen und Gesundheitsgefahren mitzuwirken (§ 66 Ziffer 8 BRG). Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß die BR hierin eine ihrer wichtigsten Aufgaben erblicken. Mit der Durchführung dieser Aufgabe werden meist in jedem Betriebe besondere Kommissionen des BR beauftragt.

Als besonderer Übelstand ist oft festgestellt worden, daß die Wirkung dieses Paragraphen des BRG durch die Gewerbeordnung aufgehoben wird. Das mag folgendes Beispiel aus der Praxis zeigen. Eine Arbeiterin arbeitet mit Bleiglätte. Durch Atemschutz und Absaugevorrichtung ist der Arbeitsplatz gesichert. Trotzdem muß die Arbeiterin jährlich 3 bis 4 Wochen auf Erholung gehen. Da aber ein derartiger Erholungsurlaub für eine einfache Arbeiterin weder im Tarifvertrag noch gesetzlich vorgesehen ist, empfiehlt ihr der BR, sich zwecks Wiederherstellung der Gesundheit krank zu melden. Diese Meldung wird entgegengenommen, man läßt sie wohl auch gelten, aber nach Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Frist wird die Arbeiterin auf Grund von § 123 Abs. 8 GO entlassen.

Solche Fälle erschüttern immer wieder das Vertrauen der Arbeitnehmer zu dem aufrichtigen Willen der Arbeitgeber, so viel an ihnen liegt, zum Schutz von Leib und Leben der Arbeitnehmer beizutragen. Wo aber dieses Vertrauen fehlt, helfen die besten Vorschriften und Unfallverhütungsbilder nichts. Weit nützlicher wäre es schon, wenn der Arbeitgeber mindestens jährlich dem BR eine Statistik über die eingetretenen Berufsunfälle und Krankheiten übergeben würde, die dann der BR in der Betriebsversammlung erklären und benutzen könnte, einmal, um neue Anregungen zu hören, dann, um eventuell Erfolge oder Mißerfolge neuer Maßnahmen festzustellen.

Auch bei der Verwaltung von Pensionskassen und Werkswohnungen sowie sonstiger Betriebswohlfahrtseinrichtungen lassen die Arbeitgeber fast nur eine beratende Tätigkeit des BR zu, obwohl das Gesetz hier von einer „Mitwirkung" spricht (§ 66 Ziffer 9 BRG). Oft werden, um dieses Verhalten zu rechtfertigen, vom Arbeitgeber selbst ein oder zwei Arbeitnehmer in die Wohlfahrtskommission abgeordnet, von denen bekannt ist, daß sie mit dem BR nichts zu tun haben wollen. So ist dann dem Gesetz Genüge getan, da ja eine „anderweitige Vertretung der Arbeitnehmer" vorhanden ist. Den Vorsitz führt immer der Arbeitgeber selbst oder ein von ihm bestimmter und nicht zum BR wahlberechtigter höherer Beamter. Parität ist also selten vorhanden und die Gewährung von Wohltaten sehr stark abhängig vom Wohlwollen des Arbeitgebers.

In diesem Zusammenhang sind auch die Verkaufsstellen für Lebensmittel und Bekleidung zu erwähnen, wie sie bei einigen Firmen bestehen, teils unter der Leitung von besonderen Angestellten, teils unter der des BR. Zu begrüßen sind sie vom Standpunkt der Arbeitnehmer nie, sobald sie auf Kredit verkaufen. Denn die Arbeitnehmer werden zu leicht dazu verführt, ihre Kaufkraft zu überschätzen und sich so beim Arbeitgeber in Schulden zu verstricken. Das rächt sich dann im Falle von Kündigungen oder Streiks. Ist der BR der Leiter, so wird er nur zu leicht von wichtigeren Aufgaben abgelenkt und ist oft sogar Verdächtigungen ausgesetzt.

Tempo-Tempo!

Über Rationalisierung wird seit zwei Jahren soviel geredet und geschrieben, da es den Arbeitern nachgerade zum Halse heraushängt. Dabei herrscht in der kapitalistischen Gesellschaft eine wunderbare Teilung. Die einen schreiben und reden ungeheuer viel über diese Sache in Zeitungen, Sitzungen und vor allem in den Betrieben, und die andern führen das, was beschrieben, beredet und angeordnet ist, aus. Diese letzteren sind aber die Leidtragenden; sie müssen alles nicht nur geduldig über sich ergehen lassen, sie sind ja auch diejenigen, die ihre beste Kraft, ja, man kann ruhig sagen, ihr Leben hergeben. Wofür? — Für den Reichtum der Nation würde vielleicht ein gut bürgerlicher Professor der Nationalökonomie sagen. Er hätte dabei noch nicht einmal unrecht, denn in der bürgerlichen Welt ist ja der Reichtum der Nation fast ausschließlich in der Hand der besitzenden Klassen.

Es herrscht überhaupt in dieser kapitalistischen Ordnung eine wunderbare Verwirrung der Begriffe. Es sind allein die bösen Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften, die den Klassenkampf predigen. Unsere Kapitalisten wünschen so recht von Herzen die reine Harmonie der Gesellschaft; die Arbeiter sollen sich nur nicht verhetzen lassen. Und derweilen man solche schönen Reden und Schreiben vom Stapel läßt, kehrt man in der Praxis den reinen Klassenstandpunkt in größter Schärfe heraus. Es soll hier nicht von dem Verhalten der Unternehmer bei Tariffragen gesprochen werden. Die Metallarbeiter-Zeitung weist ja immer wieder darauf hin, welchen Widerstand das Unternehmertum in Sachen der Lohn- und Arbeitszeitregelung entgegensetzt.

Nein, es sieht in den rein praktischen Betriebsfragen fast noch schlimmer aus. Bei der Regelung von Lohn, Arbeitszeit usw. wehrt sich das Unternehmertum nicht nur immer gegen eine günstigere Gestaltung, sondern auch gegen die Mitwirkung der Arbeitervertretung in Fragen der Betriebsführung, der Produktion im Betrieb, der „Rationalisierung". Bei alledem fragt man diejenigen, die ja zu guter Letzt alles ausführen müssen, ebensowenig wie etwa die Maschine, die man von einem Ort nach einem andern versetzen will. Man wünscht nicht nur keine Vorschläge von der Arbeiterschaft in bezug auf die Betriebsgestaltung, nein, man betrachtet alle etwa geäußerten Wünsche oder Beanstandungen, die bei Umstellungen von Arbeitern gemacht werden, mit dem größten Mißtrauen und nur unter dem einen Gesichtswinkel: Die Kerle wollen doch nur möglichst wenig schaffen und uns betrügen, wo sie können! Deshalb Aufsicht, Kontrolle, Antreiber — lieber ein Dutzend zuviel, wie einen zu wenig. Und dann predigen die Unternehmer die Klassenharmonie nach dem Rezept: Ich hole aus euch heraus, was herauszuholen ist, den Rest, ein freudeloses Dasein, den sollt ihr behalten.

Ja, wie sieht es denn heute in den Betrieben aus? Die Jahre der Revolutionszeit, wo nach Ansicht der Unternehmer von den Arbeitern nur gesaulenzt wurde, sind längst vorbei; heute wird wieder geschuftet. Die dividendenhungrigen Aktionäre, die tantieme schluckenden Aufsichtsräte und die Direktoren mit Riesengehältern haben ihre helle Freude daran. Sie sind hoch befriedigt —?— Nicht doch! Welcher Direktor oder Aktionär würde mit seiner wirtschaftlichen Lage je zufrieden sein? Das Klagen über die schlechten Zeiten ist in diesen Kreisen längst zur Gewohnheit geworden.

Ja, es wird geschafft. — Tempo! Tempo! — Ha, das ist eine Freude, wie das flutscht. Ingenieure, Techniker, Doktoren, Kalkulatoren und wer sonst noch haben alles, aber auch alles jetzt so planvoll durchorganisiert, daß der Arbeiter, mit Respekt zu sagen, fast sein Bedürfnis nach der Stoppuhr verrichten muß. Bald werden die Amerikaner die reinsten Waisenknaben gegen uns sein. Wir leben ja im Zeitalter der Technik, der Maschine, ihre Gangart zwingt alles in seinen Bann. Und wenn der amerikanische Arbeiter nach all der Hetze im Betrieb und bei der Arbeit wenigstens einen eigenen Nutzen von seiner Arbeitshetze hat — bei uns im gesegneten Deutschland ist dafür gesorgt, daß die Proleten nicht zu anspruchsvoll werden und der Strom des Reichtums voll und ganz nach der andern Seite fließt.

Technische Umstellung — Grund zur Herabsetzung der Akkordpreise, neue Maschine — Herabsetzung der Akkordpreise, Aufteilung der Arbeit — Herabsetzung der Akkordpreise, vorteilhaftere Arbeitsmethode, vom Arbeiter selbst gefunden — Herabsetzung der Akkordpreise, schnelleres Arbeitstempo, demzufolge höhere Akkordverrechnung — Herabsetzung der Akkordpreise, Ersatz von gelernten Kräften durch Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen — Grund zur Herabsetzung der Akkordpreise. Die Arbeiter wollen wenigstens auf demselben Verdienst bleiben. Tempo! Tempo! — Alles hetzt, alles jagt bei der Arbeit. Amerikanische Methoden — ohne amerikanische Löhne oder Preise.

Und dieses Tempo setzt sich durch, nicht nur bei der Arbeit, es hetzt den Arbeiter weiter auf dem Wege zur Arbeit oder von der Arbeit nach Hause. Dieses Tempo jagt den letzten Rest von Gefühlen aus dem Menschen heraus und läßt nur noch Platz für eiskalte, selbstsüchtige Erwägungen. Und während in so vielen Betrieben in fast allen Industrien ein verringertes Heer von Arbeitern das gleiche und noch mehr produziert wie früher, während man immer wieder überflüssig gewordene Arbeitskräfte auf die Straße setzt, derweilen wachsen in den Betrieben die Stäbe und der Anhang der Betriebsleiter und Direktoren ins Ungemessene. Der Arbeiter soll alles das aus seinen Knochen herausholen und zum Danke dafür treiben ihn diese seine Antreiber zu immer noch größerer Hetze an. Es ist eine Schraube ohne Ende. Oder sollte doch einmal ein Ende kommen? Das Kapital ist eine ungeheure Macht, aber die Arbeiter können ihm eine Macht entgegenstellen — die Organisation. Werden es bald alle begriffen haben?

J. de Kort.

Wäret ihr einig ...

Ein Betriebsratsmitglied an der Wasserkante schreibt uns: Die nachstehenden Zeilen sind zu Papier gebracht worden in einem Gefühle tiefen Unmuts über die ganz erheblichen Verschlechterungen, die bei den Verhandlungen der Betriebs- bezw. Arbeiter- und Angestelltenräte mit den Unternehmern seit geraumer Zeit überall Platz gegriffen haben. Es ist der Zweck dieser Ausführungen, die Aufmerksamkeit aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf diese sehr bedenkliche Veränderung hinzulenken, damit jeder einzelne das Seine dazu beitragen kann, um wieder eine Wendung zum Bessern herbeizuführen.

Wer gewerkschaftlich geschult ist, weiß, daß bereits lange vor dem Kriege in einzelnen Betrieben Arbeiterausschüsse bestanden haben, die von der geringen Zahl sozial denkender Unternehmer, die die Ausschüsse in ihren Werken duldeten, in Arbeiter- und Werksangelegenheiten zu Rate gezogen wurden. Die Einsetzung solcher Ausschüsse wurde später (in den Jahren 1905 bezw. 1909), wie bekannt, zunächst für die Bergbaubetriebe gesetzlich festgelegt und während des Weltkrieges ebenfalls durch Gesetz für alle mit mindestens 50 Arbeitern oder Angestellten im Hilfsdienst beschäftigten Betriebe zwingend vorgeschrieben. Obgleich nun auch dieses zuletzt erwähnte Gesetz den Arbeitern noch bei weitem nicht die gleichen Rechte zugestand, die ihnen später in der Verordnung vom 23. Dezember 1918 und im Anschluß daran im Betriebsrätegesetz eingeräumt wurden, bequemten sich damals fast alle Leitungen größerer Werke dazu, die Wünsche und Anträge dieser Ausschüsse in Abständen von 3 bis 4 Wochen in gemeinsamen Sitzungen, zu denen der Unternehmer den Protokollführer stellte, entgegenzunehmen. In noch ausgeprägterer Weise wurde diese zweckentsprechende Form der Verhandlungen in der ersten Zeit nach der Revolution fortgeführt.

Dann aber trat die verhängnisvolle Spaltung im deutschen Proletariat ein, die die Lage mit einem Schlage wieder zugunsten der Unternehmer veränderte. In dem gleichen Verhältnis, wie das Proletariat sich entzweite, sammelten sich seine Gegner in ihren Verbänden zu einer Geschlossenheit, wie nie zuvor. Schritt für Schritt eroberten sie Verlorenes zurück. Heute sieht die Sache trotz des Betriebsrätegesetzes so, daß nur in wenigen Betrieben die gesetzlichen Vertreter der Arbeiterschaft den Unternehmern mit auch nur annähernd gleicher Entschiedenheit gegenüberzutreten vermögen, wie es in der ersten Nachkriegszeit der Fall war. Heute kennen in vielen großen Werken die Direktionen die Betriebsräte ihrer Firmen weder dem Namen noch der Person nach und lassen alle Fragen durch einen leitenden Angestellten erledigen, während sie über den Begriff „Betriebsrat" geringschätzig die Achsel zucken.

Soweit sind wir bereits wieder zurückgefallen. Die Arbeiterschaft muß einmal mit aller Eindringlichkeit darauf hingewiesen werden, daß sie durch eigene Schuld auf dem besten Wege ist, wieder in die Rechtlosigkeit der wilhelminischen Zeit zurückzusinken, wenn sie sich nicht schleunigst darauf besinnt, welche Macht durch die neuen Gesetze in ihre Hände gelegt ist. Jeder Arbeiter und Angestellte muß sich ins Hirn hämmern, daß seine gesetzlichen Vertreter nur dann alle Vorteile für ihn herausholen können, wenn sie zu den Verhandlungen die Überzeugung mitnehmen können, daß sie die Masse ihrer Belegschaft hinter sich haben. Zurzeit ist dieses ja leider nicht der Fall. In Hunderten von Werken kümmert sich ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft den Teufel um die Anordnungen der Betriebsvertreter, die diese doch ausschließlich zum Besten der Belegschaften zu treffen pflegen. In Hunderten von Werken werden trotz Betriebsrätegesetz und Arbeitszeitnotverordnung Überstunden über Überstunden geleistet, ohne daß die Betriebsräte befragt oder benachrichtigt werden. Was Wunder, daß unter solchen Umständen die Unternehmer sich nach und nach daran gewöhnt haben, die Betriebsvertretungen als überflüssiges Anhängsel zu betrachten, das solange vor den Türen zu warten hat, bis der Chef oder sein Beauftragter es für gut befindet, die etwaigen Wünsche gnädigst anzuhören und stehenden Fußes zwischen Tür und Angel — denn von einer regelrechten Sitzung ist oft schon gar keine Rede mehr — abzulehnen.

Kollegen! Werdet euch doch um alles in der Welt endlich wieder darüber klar, wohin ihr steuert! Die Unternehmer schließen sich zu immer festeren Organisationen zusammen, ihr aber legt die Hände in den Schoß. Die Unternehmer lehnen seit Jahr und Tag, wo es nur irgend zu machen ist, Lohnerhöhungen ab, verweisen euch auf die Möglichkeit, Überstunden zu leisten, wenn ihr mehr verdienen wollt — und ihr schindet sie! Ihr schindet sie gegen den Einspruch eurer Vertreter und gegen die bestehenden Gesetzesvorschriften, nur um euch und eure Familien unterhalten zu können. Erkennt ihr denn nicht, wohin so etwas notgedrungen führen muß? Erkennt ihr nicht, daß ihr auch in acht Stunden das gleiche verdienen könntet, wie jetzt in zwölf, wenn ihr einig wäret? Wäret ihr einig, so könntet ihr eine solche Forderung mit dem nötigen Nachdruck stellen und die Unternehmer würden sie bewilligen müssen, wenn sie ihre Werke offenhalten wollen. Wäret ihr einig, so hättet ihr zu alledem auch politisch eine stärkere Stellung, als dieses jetzt der Fall ist.

Stellt euch wieder geschlossen hinter eure Gewerkschaften und eure Betriebsvertreter! Handelt nach deren Anweisungen! Nur dann könnt ihr eure Rechte auf die Dauer behaupten, die ein Teil von euch jetzt im Begriff steht, vor die Hunde gehen zu lassen. Nur dann könnt ihr den neuen Stümmlingen, die sich in dem Glauben wiegen, dem Proletariat wieder den Fuß in den Nacken drücken zu können, die richtige Antwort geben. Es gibt in Deutschland keine Macht, die stark genug wäre, einer einigen Arbeiterschaft mit Erfolg entgegenzutreten. Das beachtet und danach handelt zu eurem eigenen Wohl!

Ageha.

Sprachecke

Bombensicher. Wenn jemand sagt: Diese Lebewesen sind zwar nicht zu sehen, aber bomensicher vorhanden, so meint er natürlich nicht so sicher eine Bombe; nicht einmal das Platzen einer Bombe ist immer sicher. Die Zusammensetzung hat zunächst nur die Bedeutung sicher gegen Bomben, wie bombenfest ein Bauwerk heißt, das auch Bomben aushält. Bei bombensicher muß man sich vergegenwärtigen, daß sicher nicht nur den Sinn hat außer Gefahr, sondern auch zuverlässig, gewiß; es ist ursprünglich ein Rechtsausdruck, der dem lateinischen (securus, sorglos) entlehnt ist, ahd. sihhur = frei von Verpflichtung, Schuld oder Gefahr. Dem erst 1818 gebuchten bombenfest, das auch unsinnliche Bedeutung erhielt: das steht bombenfest, schloß sich bombensicher ebenfalls mit doppelter Bedeutung an. Da die Bombe einmal zur Verstärkung verwendet worden war, diente sie dieser auch in Verbindung mit Hauptwörtern; Spitteler, Lachende Wahrheiten, Seite 119, schreibt von der Bombenwahrheit, die sich an dem prächtigen Knall eines Reims ergötzt. Bombe erlangte die Bedeutung des Außerordentlichen in Bombenerfolg, das ist ein wie eine Bombe gewaltig einschlagender Erfolg, und in Bombengeschäft = ein großes, ungewöhnlichen Gewinn bringendes Geschäft.

Familie und Heim

Die Gasse der Heimat

Von Meha

1898

Der Mehlwerner spannte seine Grauschimmel aus und führte sie in den Stall. Währenddessen schob der Hausbursche den großen schweren Rollwagen die Gasse hinunter, an deren Ende der Schuppen war. Das ging aber zunächst nicht so schnell. Von allen Seiten kribbelten und drängten sie heran, die Kinder der Gasse. Es war ihr unverbrieftes, aber um so mehr betontes Recht, den pferdelosen Mehlwagen zu erklettern und auf ihm — ein jauchzendes Rudel — im Triumph durch die Gasse zu fahren. Eine schöne Hilfsbereitschaft herrschte. Die Großen halfen den Kleinen beim Hinaufsteigen. Nur wer schlimm gegen das ungeschriebene Gesetz der Gasse gefrevelt, durfte nicht mitfahren.

Hinter dem Lehnstuhl des Großvaters guckte Lisbeth sehnsüchtig hervor. Hinaus auf die Gasse, von der das Rumpeln des Wagens auf dem holperigen Pflaster erscholl und das Lärmen der Kinder... Wie gerne führe sie mit, aber die Großmutter, die Frau Meisterin, erlaubte das nicht. Sie stammte aus einem Thüringer Bürgerhaus und hatte ihre eigenen Schicklichkeitsbegriffe. Damit hatte sie um sich eine unsichtbare Mauer erbaut, die alles fernhielt.

Über des Großvaters, des Meisters Barth, vom nahen Verfall gezeichnetes Gesicht huschte ein gutes Lächeln. Auf den Stock gestützt, beugte er sich im Lehnstuhl vor, sah sich vorsichtig um. „Die Großmutter ist nicht da, Lisel, und draußen fährt der Mehlwerner..." Er zwinkerte der Enkelin zu. Die verstand, nahm sich nicht Zeit, sich zu verwundern, sondern lief hinaus, durch den Hausflur, auf die Gasse, der Ecke zu.

„Warten, warten, die Lisbeth kommt," schrie der dicke Otto Richter und reckte seinen Kopf, der ihm etwas schief auf dem Halse saß. Und Oswald Kamprath, mit dem Kosenamen „Sosse" von seiner Mutter benannt, griff mehr hilfsbereit als zart zu und half die Lisbeth auf den Wagen hinaufziehen. Herrlich — herrlich! Wie der Wagen rumpelte und schütterte auf dem holprigen Pflaster der Gasse. Wie alles, was er trug, mit Quiekſen und Jubel durcheinanderpurzelte. Wundervoll...

Alle anderen ließ Lisbeth absteigen, sie allein fuhr stolz mit hinein in den Wagenschuppen, dann kletterte sie runter und überlegte, wie sie nun am besten ungesehen wieder ins Haus käme.

„Aber, Lisbeth, wie siehste aus?" sagte da die kleine Emma Herdtlein erschrocken neben ihr.

„O Gott," stotterte Lisbeth. Ihr blaues Kleidchen, gestern erst neu gemacht, war über und über mehlverstaubt. „O, die Großmutter!" Und hilflos sah sie Emma Herdtlein an.

Die konnte nun freilich nicht helfen, die am allerwenigsten. Sah sie doch selber immer unglaublich aus — schmutzig, zerrissen. Emma Herdtlein, von der Gasse spöttisch der „Schwan" genannt, erschien an jedem Morgen vor dem Hause ihrer Mutter in einem schimmernd sauberen Zustand, um sich in unbeschreiblich kurzer Zeit in ein kleines Schmutzfinkchen zu verwandeln. Das war ihr Talent, ihr unbestrittenes.

„Kannste nicht hinterrum," wisperte der Schwan, über die Wäscherolle?"

Lisbeth überlegte. Dann stürmte sie davon, hinterrum ins Haus, in die Rollkammer. Wo der große, mit Steinen gefüllte Kasten auf seinem glättenden Gange in eine dunkle Wandnische fuhr, gabs unten einen kleinen Durchschlupf. Wenn man den erreichte und durchfand, war man ungesehen im Haus. Dann konnte man die Treppe hinaufhuschen zu Hedwig Hintersdorfs Mutter. Die wurde schon Rat wissen, wie man das blaue Kleid wieder sauber kriegte.

Gedacht, getan — bis auf die etwas mühsame Besteigung des Rollkastens klappte alles, aber dann.

„Lisbeth?" rief eine scharfe Stimme. Da war die Großmutter auch schon und erwischte einen Zipfel des blauen — blau gewesenen Kleides, zog, zerrte.

Die Lisbeth in ihrer Not dachte nicht daran, daß sie des heißen Tages wegen alles einigermaßen entbehrliche Unterzeug heimlich ausgezogen. Sie fühlte Großmutters festen Griff am Kleid, ahnte die unausbleiblichen, ach so schmerzlich bekannten Folgen großmütterlichen Zornes.

Mit kurzer Wendung duckte sich das Mädel, schnellte sich zurück — fuhr — nackt, wie von Gott erschaffen — aus Schreckenskleid und Hemd heraus und sprang an der schreckerstarrten alten Frau vorbei vom Rollkasten herunter, durch den zum Glück leeren Flur die dunkle Treppe empor, der rettenden Wohnung Mutter Hintersdorfs zu.

Aber! Was war das? Vor Lisbeth klangen Schritte. Ein Mann ging die Treppe hinauf, wandte sich um...

In ihrer Angst wußte Lisbeth nichts Klügeres zu tun, als sich eng an den feuchten Mörtel der Treppenhauswand zu drücken, das Gesicht in den Händen verborgen.

„Komm, Mädel, schnell." ein Mantel wurde um Lisbeths Schultern gelegt, sie fühlte sich von kräftigen Armen emporgehoben, und ehe sie recht wußte, was geschah, sah sie sich in vertrauter Stube. Frau Hintersdorf mit ihrem immer ein wenig wuscheligen Haar neigte sich über sie.

„Lisbeth! Na, da machst schöne Geschichten."

„Ach Gott, Frau Hintersdorf, ich hatte ja solche Angst! Ich war doch auf dem Mehlwagen — und dann war mein Kleid ganz weiß und ich wollte über die Wäscherolle. Die Großmutter kam und kriegte mich am Kleid — und da bin ich einfach aus dem Kleid gekrochen und..."

Lisbeths schmale Schultern schütterten. „Na, so heule doch nicht, Mädel."

Aber da kam aus dem Mantel Lisbeths Gesicht hervor. Tränen standen noch in den Augen, aber was nun den Mund zuckte, das war, ja, das war ein Lachen, von dem die Frau unwillkürlich angesteckt wurde. „Wie sie nun ruhig sieht und hält das Kleid und guckt," prustete die Lisbeth plötzlich los... „Und der Großvater wird bestimmt lachen, aber bloß heimlich."

Frau Hintersdorf hatte ein Kleid aus dem Kasten genommen: „Das ist eins, was der Hedwig zu kurz ist. Das ziehste nun an und dann..."

„Runter gehe ich nicht," erklärte Lisbeth fest und das Lachen wich einem besorgten Ausdruck. „In der Schwummrigkeit von Großmutter... zu der Wäsche komme ich noch zurecht."

„Laß nur, ich gehe runter und sage Bescheid. Was soll sie dich denn wegen sowas hauen? Jetzt bleibste hier ganz stille sitzen, bis ich wieder raufkomme. Bleib aber hier in der Stube. Drüben sind Leute von der Partei bei meinem Mann. Da darfste nicht stören, verstanden?" — Lisbeth saß ruhig in ihrer Ecke. Sie fühlte sich geborgen für den Augenblick. Wenn mal eine Zeit vergangen war über Großmutters ersten Zorn, dann konnte sie sich schon eher runterwagen.

Das Mädel sah sich in der einfachen Stube um, die ihr wohlvertraut war. Oft hatte sie hier oben, trotzdem es die Großmutter nicht gerne sah. „Der Hintersdorf ist ein Roter!" hatte sie mal gesagt. Lisbeth wußte zwar nicht, was das war, aber es kam ihr irgendwie verderblich vor, wenn sie Großmutters Gesicht dabei betrachte. Dabei war der Vater Hintersdorf ein lieber, allezeit lustiger Mann, den man eigentlich ganz gut sein mußte, wenn er sich natürlich um kleine Mädel auch nicht weiter kümmerte. Aber er hatte sich damit, daß er Lisbeths alte Puppenstubenmöbel mal schön lackiert hatte, bei dem Mädel sehr in Gunst gesetzt.

Drüben stand Mutter Hintersdorfs Nähmaschine, an der sie tagaus, tagein Schürzen für ein großes Geschäft nähte. Wenn man der Großmutter mal entwischen konnte, saß man oben bei Mutter Hintersdorf und sah sich die hübschen bunten Besätze an, die auf die Schürzen genäht wurden — aber man konnte nichts davon abkriegen. „Das ist auf den ‚Sanktimeter' ausgerechnet," erklärte Mutter Hintersdorf und schimpfte oft weidlich, wenn man die Zutaten für die Heimarbeit so knapp ausgegeben hatte, daß kaum damit auszukommen war.

Oben im Vogelbauer saß Hänschen, der Kanarienvogel. Er sang und trillerte.

Auf dem Tische neben Lisbeth lagen Stöße bedruckter Zettel. Verse waren es. Lisbeth, die Leseratte, vor der kein bedrucktes Stück Papier sicher war, holte sich eines der Blätter und las...

Und der Rhythmus der Strophen ging dem Mädel ins Blut über...

> ...die Trommel ruft, die Banner wehn, es gilt die Arbeit zu befreien, es gilt der Freiheit Auferstehn...

Das mußte das Lied sein, das die Hedwig Hintersdorf neulich sang, das solch eine schöne Melodie hatte — eine Melodie, die Lisbeth behielt und vor sich hinsummte eines Tages, bis sie von der Großmutter eine Ohrfeige bekam. „Solche Schand- und Schundlieder behältst du und singst sie, aber abends den Choral, den bringst du nie ohne Fehler fertig!"

Der Türe des Nebenzimmers näherten sich Tritte. Stimmen erklangen. Vater Hintersdorf kam heraus und mit ihm ein Großer, Brauner. Lisbeth verkroch sich in ihrer Ecke und verhielt sich mäuschenstill.

„Wo ist denn mein Mantel?" fragte der Große.

„Hier ist er. Und nun, gute Reise, Severin, und viel Glück für morgen. Grüß deine Braut..."

„Danke, Heinrich. Glück kann ich schon brauchen, so und so. Wo ist deine Frau? Ich will mich noch verabschieden."

Lisbeth in ihrer Ecke wagte sich nicht zu rühren. Leise nahm sie eins der bedruckten Blätter und faltete es eng zusammen. Sie wollte es mitnehmen und mal heimlich durchlesen.

Draußen an der Tür verabschiedete sich Severin Markus von der Frau Hintersdorf, die eben zurückkam. „So schnell komme ich nicht wieder. Morgen ist die Trauung, dann gehts nach Berlin."

„Das tut mir leid, Herr Markus, grüßen Sie nur Ihre Braut unbekannterweise. Schade, daß Sie von hier fortgehen. Aber natürlich gratuliere ich Ihnen." Frau Hintersdorf schüttelte Markus die Hand. Der sah in den matterleuchteten Stiegenschacht hinunter. „Die Kleine." In der Erinnerung mußte er lächeln. „Die Kleine hat wohl höllische Angst vor der Großmutter?"

„Und wie! Das ist ein armes Ding, die Lisbeth, wenn der Großvater mal nicht mehr ist, wird sies schlecht haben. Die Großmutter ist ja eine ordentliche Frau, da kann niemand was sagen, aber hochnäsig und streng.

„Hat das Mädel keine Eltern?"

„Die Mutter ist bei der Geburt gestorben und der Vater, ja, da wird nichts drüber geredet. Ich habe gehört, daß er so irgend ein nobler Herr gewesen sei, der sich zeitig genug aus dem Staub gemacht habe. Aber die Lisbeth ist ein gutes Kind."

Unten rasselten Schlüssel.

„Ich glaube, die Meisterin schließt die Haustür zu."

„Gute Nacht, ich eile mich. Gute Nacht!"

Mit raschen Sprüngen nahm Markus die Treppe, kam unten gerade noch zurecht, um an einer großen, grauhaarigen Frau vorüber zur Haustür zu schlüpfen. (Fortsetzung folgt.)

Hausfrauenferien

Tag für Tag und Jahr für Jahr arbeiten die Hausfrauen ununterbrochen in ihrem kleinen, teils auch großen Haushalt, stehen mit müden Füßen in den nassen Waschküchen, laufen ohne Murren treppauf und treppab, sorgen von frühmorgens bis spätabends, betreuen die Kinder und den Mann und kämpfen heldisch gegen Schmutz und Verwahrlosung. Ein Leben voller Arbeit, voller Kummer und Mühe, ohne Freude und Sonnenschein, ein ewiges Lastentragen und wenig frohe Bürde, so reihen sich qualvoll die Tage der Hausfrau aneinander und entbehren des farbigen Schmucks frohfröhlicher Erlebnisse.

Und verlangt die abgehärmte, müde und arbeitsame Hausfrau einige Tage oder gar Wochen Ferien, dann schütteln nicht nur die gleichgültigen Menschen die Köpfe, nein, leider auch die immer erholungsbedürftigen Männer dieser noch viel mehr erholungsbedürftigen Frauen. Ferien... Hausfrauenferien... Nein, das kennen wir nicht! Wozu brauchen die Hausfrauen Ferien. Arbeiten sie, mühen sie sich ab, oder sind sie nicht schon am Nachmittag fertig, können spazieren gehen, während die armen, geplagten Männer noch in der Fabrik, im Kontor sich abschwitzen oder weiter schwitzen können? Ja, so fragen sich alle Männer und wissen oder wollen nicht wissen, daß auch ihre Frauen, die den Haushalt führen sollen, ferienbedürftig sind.

Für sich wissen die Männer wohl die Ferien herauszuschlagen, sie halten diese für unbedingt wichtig, wenn Gesundheit und Schaffensfreude nicht leiden sollen. Aber die Frauen... was brauchen die Ferien?

Ist denn das bißchen Haushaltführen nur annähernd mit der beruflichen Arbeit zu vergleichen? Ich bitte Sie! Den Haushalt machen ja viele Frauen, die noch beruflich tätig sind, ja... nebenbei! So nebenbei! Und so sieht der Haushalt auch immer... nebenbei gemacht aus! Frauen, die berufstätig und von modernen Ideen vollgepfropft sind, die keinen Haushalt mehr führen wollen, weil die Haushaltführung nicht mehr modern sein soll, und die Männer, die niemals der Hausfrauenarbeit gerecht geworden sind, die fragen sich umsonst, warum die Hausfrau, ausgerechnet die Hausfrau, die sich schon genug gute Tage gemacht, ... Ferien beansprucht! Wofür? Ja, wofür, fragen diese Besserwisser. Und dann... ja, dann kommt die Selbstsucht des Mannes. Geht die Hausfrau wirklich in Ferien, wer soll dann den Haushalt führen, wer soll kochen, waschen und aufräumen? Will man das dem Manne zumuten? Aber ich bitte Sie, wie kann man derartiges dem Manne zumuten, der ermüdet von der Arbeit kommt und einen gedeckten Tisch erwartet? Ja, das sieht selbst die Hausfrau ein und bleibt deshalb... zu Hause und verzichtet auf Ferien. Wir sprechen und schreiben nicht von den Ferien derjenigen Frauen, die mit ihren Männern oder vielfach auch ohne sie ins Bad oder Gebirge gehen, sich Wochen von ihren gesellschaftlichen Strapazen erholen, damit sie mit frischen Kräften in die winterlichen Vergnügungen des großstädtischen Gesellschaftslebens stürzen können. Nein, von diesen genußsüchtigen Frauen, die ja auch keine Frauen, sondern Damen sein sollen, schreiben wir hier nicht, sondern von den Arbeiterfrauen, die notwendig die Hausfrauenferien brauchen, damit neue Lebenskraft und Lebensfreude in die Herzen dieser abgearbeiteten und von schweren Sorgen gequälten Frauen Einzug halten.

Die Sorgen des Alltags lasten auf den Schultern der immer unermüdlichen Hausfrau. Sie kann oft ihre Seele nicht freihalten für tiefere Erlebnisse, muß sich mit dem alltäglichen Kleinkram belasten und kann vor lauter Konzentration auf die Erledigung der materiellen Bedürfnisse der Familie kaum Minuten am Tage freihalten für die Aufnahme seelisch-geistiger Erlebnisse. So wird die Hausfrauenarbeit die Hausfrau in den Bannkreis materieller Lebensgesinnung spannen, aus dem nur geistig lebenskräftige Frauen einen kühnen Durchbruch wagen.

Schon deshalb sollte man den Frauen, die tagtäglich am Kochherd stehen und die Essensfrage dem Manne abnehmen, die am Waschtrog sich rauhe und rissige Hände holen, unter dem Dachstock an der Nähmaschine Tag und Nacht sich abmühen, keine Sonne sehen und keinen Windhauch spüren, die in ihrem Herzen Sehnsucht tragen nach sonnigen Wiesen und duftenden Wäldern und sich ewig um die Kinder abmühen, all die Erziehungssorgen allein tragen und keine Hilfe vom Vater, dem Manne, erhalten. Ja, diesen Frauen sollte man Hausfrauenferien geben. Man sollte sie einmal aus ihren Küchen und Wohnungen herausnehmen und dorthin fahren lassen, wo nur die Sonne lacht und keine Arbeit winkt.

Wie gerne, ja wie gerne würden die Hausfrauen eine solche Ferienfahrt machen, Ferien vom Haushalt erleben und einige Tage oder Wochen sorgenlos in den Tag hineinleben, ohne sich um das Essen, um die Kleider und zerrissenen Strümpfe kümmern zu müssen, ohne die kleinen Plackereien des Tages zu erdulden... Ja, das wäre ein Sehnsuchtsziel abgearbeiteter Frauen, die ihren Gesichtskreis einengen müssen, weil sie vor Arbeit keine Minute für außerhausfrauliche Sorgen und Mühen, Freuden und Erlebnisse finden.

Deshalb sei die Erringung der Hausfrauenferien für die Hausfrauen ein Kampfziel in der heutigen Gesellschaft. Wenn auch nur in der sozialistischen Gesellschaft die Hausfrau eine dem Wert der Hausfrauenarbeit zugemessene Ferienzeit bekommt, so muß trotzdem auch jetzt schon für ein solches notwendiges Ziel gekämpft werden. Soll die Hausfrau nicht nur ein Arbeitstier sein, sondern auch ein Mensch mit bestimmten Lebensforderungen, dann hat sie ihre Ferienzeit genau so zu beanspruchen, wie der Mann seine Ferien als gerechtfertigt beansprucht. Nur eine Hausfrau, die einmal ausspannen kann, wird mit Liebe und Freude den Haushalt führen, denn die Haushaltführung ist eine schwere, die Arbeitskraft der Frau ganz in Anspruch nehmende Arbeit, die durch eine Ferienunterbrechung wieder leistungstüchtig gemacht werden kann.

Deshalb Hausfrauenferien!

(Aus der „Solidarität".)

Mittel gegen angebrannte Speisen

In Nr. 23 der MZ wurde in dem Aufsatz: Rationelles Kochen die Frage gestellt, ob jemand ein Mittel gegen den Geschmack des „Angebrannten" weiß. Ich möchte darauf erwidern, daß ich angebrannte Speisen sofort in einen anderen Topf bringe und ihnen eine Messerspitze voll doppelkohlensaures Natron beifüge. Der Geschmack ist dadurch noch jedesmal normal geworden. Eine Messerspitze voll doppelkohlensaures Natron füge ich auch dann bei, wenn mir eine Speise zu salzsauer oder essigscharf geraten ist. Das Natron nimmt die Säure derart, daß ich manchmal noch nachsalzen oder etwas Essig zugießen muß.

M. Schulz.

In dem Aufsatz über rationelles Kochen (in Nr. 23 der MZ) wird angefragt, ob jemand ein Mittel wüßte, um den Geschmack des „Angebrannten" zu vertreiben. Ich weiß nicht nur eins, sondern sogar deren zwei. Erstens: Handelt es sich um Fleisch, das beim Schmoren angebrannt ist, wird es aus der verbrannten Tunke entfernt und alle schwarz verbrannten Teile sorgfältig abgeschnitten. Selbstverständlich schmeckt es auch noch brandartig. Um diesen Geschmack zu beseitigen, wird es 5 bis 10 Minuten in einer Lösung von übermangansaurem Kali gelegt, bis das vorher rote Wasser sich gelb färbt. Danach wird es zwei- bis dreimal in klarem Wasser nachgespült und es kann nun mit Butter wieder frisch angebraten werden. Allerdings wird es nicht mehr so braun, vor allem nicht die Tunke, die man aber mit etwas Zuckercouleur färben und so einen Geschmack verleihen kann, an dem auch der Feinschmecker nichts auszusetzen hat. Um es noch pikanter zu machen, kann man eine Tomate mitschmoren lassen oder mit saurer Sahne abziehen. Zweitens: Da kämen angebrannte Suppen, Hülsenfrüchte oder Gemüse in Frage. Ich habe es an weißen Bohnen erfolgreich probiert. Ich habe die angebrannten Bohnen mitsamt dem Topf (nicht umschütten) in einen größeren Topf mit kaltem, klarem Wasser gehängt, so daß der Bohnentopf frei schwebt und rings vom Wasser umspült ist. Sobald das Wasser warm wird, muß es erneuert werden, so lange, bis die Suppe erkaltet ist. Auf diese Weise verzieht sich der Brandgeschmack vollständig in den angebrannten Satz auf dem Boden des Topfes, und nun habe ich die Bohnen in einen anderen Topf umgeschüttet, natürlich nicht das Angehakte abgekratzt, wieder heiß gemacht und keiner hat geschmeckt, daß die Bohnen kaum zu genießen waren.

Margarete Klampfer.

Zwischen erster Heuernte und Kornernte soll ein allgemeiner Fliegenfeldzug in Deutschland durchgeführt werden. Die Gefahr, die die Fliege in gesundheitlicher Hinsicht bietet, wird vielfach unterschätzt. Die Fliegen kommen wahllos von Dung und Abfallstellen, Aas und Aborten in die Wohnungen, zu Trinkwasserquellen und Nahrungsmitteln, und der Kampf gegen die Fliegen ist darum zugleich eine Vorbeugungsmaßnahme gegen Typhus, Ruhr, Tuberkulose und alle möglichen sonstigen Krankheiten.

Die Rache des Brückenbauers

Als nun die letzte Niete in die schöne schlanke Saalebrücke geschlagen war, kam der Ingenieur mit seinem Schreiber und wies die Nietkolonne an, die Brocken zusammenzupacken. Wir sollten so schnell wie möglich nach dem Rheinland, zur Arbeit an einem großen Hafenhallenbau. Das war den Rheinländern in der Kolonne ein Spaß; denn vorher erzählte man sich, wir sollten nach Polen; dazu aber hatten wir keine Lust. Mit dem Rhein aber waren die Berliner nicht zufrieden.

Wir aber fuhren mit dem D-Zug gen Westen.

Der Zug donnerte durch die blühende Heide und wir standen im langen D-Zuggang und schmökten. Wir hatten all die langen Monate immerzu gegen die roten Felsen des Gebirges gestarrt, und nun tat es uns wohl, einmal den Blick schweifen zu lassen, wir waren ja Kinder der Tiefebene; Berge, das waren uns nur störende Erdhaufen, die man bei der Erdschaffung aus Mangel an Zeit liegen gelassen hatte. Willi, mein Landsmann aus der engeren Heimat, freute sich redlich, als er die Gebirge, die Schrott- und Steinhaufen der Welt hinter sich hatte.

In den Bahnhöfen musterte Willi die Waggons. Wenn große Maschinenteile oder gar Eisenkessel und Trägerkonstruktionen dastanden, fiel Willi in Andacht und feierliche Stimmung; in der wunderbaren Lilalandschaft der Heideblüten, der schwarzen Wacholderflammen und welligen Blütenhügel schwatzte er lustig von Werk und Arbeit, von Fabrik und Wanderschaft, in unbekümmertem Monteurlatein.

Zu seiner Freude hielt der Zug mitten in der Heide. Eine Brücke wurde über einen kleinen Fluß gebaut und wegen der Arbeit mußte der Zug lange halten. Willi unterhielt sich natürlich mit unseren Kollegen.

Auch, als wir wieder langsam davonrollten in die blühende Heide, hielt er den Mund nicht einen Augenblick zu.

Da trat ein Herr im schwarzen Anzug, der auch am Fenster stand, zu Willi hin und bat, gefälligst zu schweigen. Er wolle die Natur genießen. Er verstände nicht, wie man in solcher märchenhaften Umgebung von den eisernen Ungeheuern einer Brücke reden könne. Es sei überhaupt ein Skandal, daß man in diese Landschaft die schamlos nackten Eisenbrücken hineinbaue und die ekelhaften Masten der Überleitungen setze. Er sollte einmal bedenken, daß diese Gottesnatur ihre heiligen, unantastbaren Rechte habe. Der Mensch dürfe nicht, wie es gerade am praktischsten sei, seine kulturlosen Pratzen dahineinpflanzen, wo Gott und die Natur Zwiesprache hielten. Nichts sei den Technikern heilig, doch er wolle ja den Brückenbauern keinen Vorwurf machen, die Monteure müßten tun, was Auftrag und Bestellung sei. Aber schön sei das alles nicht, im Gegenteil, es sei grundhäßlich. „Wie der Herr, so's Gescherr" könnte man auch hier sagen. Die ganze deutsche Industrie wäre selbst in ihren großzügigsten Einzelpersönlichkeiten nicht gebildeter als er, der Monteur. Im Gegenteil, trotz ihrer Bildung ging es ihnen nur ums Geld machen. Das ganze deutsche Vaterland mit ihren Werken verschandeln und die ganze deutsche Menschheit zu Maschinensklaven und Arbeitsproleten machen, nur ums Geld. Nur die Natur habe ewigen Bestand, auch der Mensch sei ein Stück Natur und heilig und schön! Ihre Werke aber seien Werke der Häßlichkeit und Geschmacklosigkeit, ihre Städte Pöbelstädte, das Volk nur Fabrik- und Kinofutter. Ja, eine gewaltige Revolution würde eines Tages kommen und diese Kulturbanausen mit allen Werken hinwegfegen. Früher, da hätte man anstatt dieser häßlichen Eisenbrücken wunderbare Kunstwerke aus Holz und Stein gebaut. Ja, mit Zimmerleuten und Steinhauern, da könnte man Kultur schaffen! Er erinnere nur...

Da fuhr der Zug gerade wieder über eine Brücke, ein Fluß trieb golden und grün in das Abendrot hinein, leuchtend beglänzt lag die Heide in ihrem Duft von rosa und braun. Der Herr schwieg. Willi sah mich zuerst ganz entgeistert an, dann aber brach die Wut in ihm los und im heimatlichen Platt donnerte er los: „Wat, der will den Zimmermann, den Holzwurm, uns, den Brückenbauern, vorziehen? Unsere Brücken, das wär nichts Schönes? Und wir verdürben das deutsche Vaterland? Wir versauten die Landschaft? Und wir wären Fabrikfutter, Kinofutter? Die Knochen muß ich dem windigen Hund kaputtschlagen! Wir täten die Brücken bloß bauen, um Geld zu verdienen? Wir wären verdorben? Er ballte die Fäuste, reckte sich gewaltig auf und maß sich neben dem Herrn, der verzweifelt um sich sah. „Wat sagt der Kerl, wir sollten nur Geld machen? Nein, er verdiene zwar mehr als ein armseliger Weber! Aber, so viel wie ein Stadtsupernumerar oder wie ein Schulmeister, sein Schwager, so viel verdiene er nicht und überhaupt kein Brückenbauer. Bloß ums Geldverdienen? Na, wenn er bei seiner Arbeit an die dreckigen Krötenpfennige denken wolle, da wäre er längst von Träger und Gerüst hinuntergeschlagen in den Fluß, abgesoffen, wie schon so mancher. Es sei ein Jammer, daß so ein Kerl, ein Kleidergestell, so 'ne Wachspuppe, die in ein Schneiderschaufenster gehöre, die ganze Metallarbeiterzunft, die Brückenbauer und Kesselschmiede beleidigen dürfe! Was er von Kultur quassele? Ob er vielleicht die Kultur vor die Güterzüge spannen könnte? Oder mit Kultur Kohlen aus der Erde holen könnte? Hier, Willi, er habe das größte Schiff der Welt, „Vaterland", in der Hamburger Werft mitgemacht! Schiffe, Brücken, Lokomotiven. Und nach Feierabend, ja, dann denken die Arbeitsmänner daran, wie sie einmal ein deutsches Vaterland ohne Herr und Knecht, ohne die verdammte Geldsackherrschaft machen können!" — — —

Nun sagte ich ihm, daß der Herr ihn nicht habe beleidigen wollen, und wenn der von Kultur spräche, so meine er damit die Pflege des Schönen und Wahren. Der Kult der Schönheit sei die Freude am Natürlichen und den Werken der Kunst.

Aber davon wollte Willi nichts wissen.

Jawohl, auch er, der Brückenbauer, liebe die Natur und die Schönheit; ein schönes Menschenkind sei ihm mehr Natur und viel lieber als das ganze Zeug, was sie in die Museen gestopft hätten. Er wüßte wohl, was der Herr meinte. Und ich wüßte doch auch, daß er die Werke der Kunst auf der Walze in Amsterdam, Berlin, München und Dresden angeschaut hätte. Tausendmal schöner aber wäre doch eine nietende Kolonne auf dem hohen Gerüst über dem Strom, und wenn ein Kesselschmied den Hammer schwinge, das sehe doch viel schöner aus, als wenn so 'ne Gipsfigur aus Marmor dastände und so tät, als wolle sie mit einem Hammer schlagen, der gar nicht da wäre. Aber, man sollte der Windhund einmal sagen, was er für einen Beruf hätte, und was er eigentlich schaffe. Quasseln und Arbeiter beleidigen, das könne ein jeder.

Der Herr aber hatte sich abgewandt. Mit diesem Burschen schien ihm keine Unterhaltung möglich. Ich lenkte Willi ab und allmählich beruhigte er sich.

Jetzt kamen wir in die Gegend, wo die Industrie mit Bergwerken, Kokereien, Hochöfen sich auftat. Wir hingen uns zu den Fenstern hinaus und Willi wies dem Herrn, der auch hinausblickte, die gewaltigen Werke, nicht ohne sich in die Brust werfend zu sagen: Das haben **wir** gebaut!

Da auf einmal geschah das Entsetzliche. Der Herr im schwarzen Anzug sank mit blutüberströmten Gesicht hintenüber. Stirn, Nase und Mund waren eine große Wunde. Die Notbremse wurde gerissen, aber da fuhr der Zug schon in die Bahnhofshalle und wir trugen den Verwundeten hinaus. Während der Arzt ihm den Notverband anlegte und ihm eine Spritze Morphium gab, erkundigte sich der Stationschef nach der Ursache. Streckenwärter kamen hinzu und gaben zu Protokoll, daß sich der Herr zu weit aus dem Fenster gelegt habe und von einem Hebel des Signalmastes getroffen worden sei.

Die Zeugen wurden nun alle verhört. Ich konnte lediglich nur meine Vermutung aussprechen, die mit den Zeugenangaben übereinstimmten.

Willi war erschüttert. Er stützte sich auf mich und als die Reihe an ihn kam, sagte er mit bebender Stimme: „Ich habe gesehen, wie der Pfeiler des Signalmastes sich plötzlich in einen Mann in einem blauen Arbeitsanzug verwandelte. Er paßte auf, bis der Herr ihm nahe kam, und da hob er den Hammer zu einem Rundschlag und schlug und traf den Herrn gerade ins Gesicht. Ich lag noch weiter mit dem Kopfe aus dem Fenster als der Herr, aber mir ist nichts passiert. Von Anstoßen kann keine Rede sein, sonst wäre ich, der doch noch weiter aus dem Fenster lag, auch angestoßen. Das habe ich gesehen, und das muß ich der Wahrheit gemäß bezeugen! Da kann ich einen heiligen Eid drauf leisten, so wahr ich der Willi Weckop bin!"

Der Stationschef, der Arzt, die Beamten, die Zeugen, alle sahen verwundert auf meinen Kollegen, und der Arzt kam zu ihm, fragte ihn, ob er zu viel getrunken oder ob er sich einen schlechten Scherz erlauben wolle. Da wurde Willi mehr als grob, und ich mußte machen, daß ich ihn mit vielen guten Worten aus der Schreibstube bekam.

„Oder meinst du, so ein Windhund dürfte ungestraft die Eisenhämmer beleidigen?" schimpfte Willi mit mir, als wir auf der Weiterfahrt waren. „Darf so ein Papierschmierer sagen, was er in seinem dreckigen Gehirnkasten sich zusammenfaselt? Der Brückenhammer hat ihn totgeschlagen, wie es sich gehörte. Ja, hätte es gern getan, aber ich durfte das doch nicht!"

Der gute Knabe Michel

In den letzten Ferien war ich in einer großen deutschen Arbeiterstadt.

Gegen Abend fuhr ich mit der Straßenbahn zu einem Nachbarort. Der Wagen war sehr besetzt, mühsam zwängte ich mich vorne auf die Plattform.

Die Mitfahrenden waren in der Hauptsache Arbeiter, die von der Arbeitsstelle nach Hause fahren. Außerdem ein paar kaufmännische Angestellte, von denen einer sich mit einem Stahlhelm dekoriert hatte.

An einer Stelle mußte unser Wagen langsamer fahren: die Straßen waren aufgerissen, große Rollen mit Kabel standen allenthalben, die Asphaltkessel rauchten. Langsam kam ein Gespräch zugange.

„Als ich 1914 noch mit dem Grafen Spee herumfuhr, da haben wir noch ganz andere Kabel durchgeschnitten, als die da", erzählte einer.

Alles horchte auf. Der Mann hatte doch was erlebt. Das war einmal etwas anderes als der ewige Dreh der Tagesfron...

Der fühlte sich geschmeichelt und erzählte weiter — wie sie von den Engländern verfolgt wurden, wie sie selber wieder die Engländer gejagt hatten, wie sie Schiffe versenkten...

„Haben Sie denn auch eine richtige Schlacht mitgemacht?" fragte der Mann mit dem Stahlhelm.

Ob unser Held eine Schlacht mitgemacht hatte — zehne wohl! Da donnerten die Geschütze, Schiffe flogen flammend gen Himmel, Küstenstädte sanken in Trümmer unter den krachenden Einschlägen der Granaten...

Und dann krempelte er seinen Ärmel auf. Der Arm war mit Ankern und Schiffen tätowiert. An ein paar Stellen hatten ihm Granatsplitter Fleischfetzen herausgerissen. Ein Finger war steif geblieben.

„Was krieger Sie jetzt dafür?" fragte ich so nebenher.

„Was kriegen. Wofür? Ach so! Ja, da krieg ich nichts für. Ich war bloß 20 Prozent, da bin ich abgefunden worden." Der Mann sah mich einen Augenblick verdutzt an, als wenn er noch was erwartete. — „Erzählen Sie nur weiter", sagte ich ruhig.

Er hatte aber den Faden verloren. Da kam ihm der Stahlhelmmann zu Hilfe und stellte alle möglichen Fragen: Wo sie die Kabel durchschnitten hätten, wie dick die Kabel gewesen wären, wieviel Schaden sie auf diese Weise wohl den Engländern zugefügt hätten — bald war mein Mann wieder mitten im Berichten.

Besonders lebhaft wußte er den Untergang eines großen englischen Handelsdampfers zu schildern. Der kam von Indien und war mit kostbaren Gewürzen, Früchten und Hölzern beladen. Zuerst wurde die Mannschaft herübergeholt und soviel von der Ladung, als man fassen konnte. Zum Schluß wurde er dann in die Luft gesprengt. Aber die Holzladung ließ ihn noch lange oben treiben, so daß ihm schließlich der deutsche Kommandant ein Torpedo in die Seite jagen ließ... Hei, das gab eine Wassersäule, ein gewaltiges Loch klaffte auf — der Erzählende malte begeistert mit beiden Armen die Größe des Loches in die Luft — und dann riß die Flut den Dampfer plötzlich wie mit einem Ruck in die Tiefe!...

Der Sprecher war ganz in Hitze geraten. Alles starrte ihn an. Es entstand eine Pause.

Ganz trocken sagte ich: „Aber eine Rente bekommen Sie nicht, was?"

Er sah mich verständnislos an. Ich fuhr fort: „Und **wenn** Sie Rente bekämen, für Ihren Arm da, dann würden das im Monat ungefähr 12 Mark sein. Oder haben Sie Kinder?"

„Jawohl, zwei!" antwortete er gehorsam.

„So — nun, dann bekämen Sie vielleicht 13,50 Mark im Monat."

„Was meinen Sie eigentlich damit?" fragte ein wenig gereizt der Stahlhelmmann aus seiner Ecke.

„Damit meine ich gar nichts", sagte ich sehr ruhig. „Nicht wahr, das Vaterland **hat** eben nicht mehr Geld, das ist ganz klar. Eigentlich müßten die Kriegsbeschädigten mehr haben. Aber das Vaterland hat eben nicht mehr. Wir müssen eben **alle** Opfer bringen!"

Der Stahlhelmmann sah mich unsicher an. Einige Arbeiter lachten. Ich wechselte plötzlich das Thema: „Was verdient ihr hier eigentlich so?" — Man erzählte von den Hundelöhnen, die meisten waren Kurzarbeiter — wer in der Woche 30 Mark nach Hause brachte, war schon sehr zufrieden.

„Aber ihr arbeitet doch genau soviel wie vor dem Kriege oder sogar noch mehr — warum hungert ihr jetzt so viel, warum verdient ihr jetzt so wenig?" — Alles sah mich schweigend und ein wenig bedrückt an.

„Ja," sagte ich und sah mir die Leute einen nach dem andern nachdenklich an, „wenn man Geld hat, kann man sich was dafür zu **essen** kaufen. Das ist eigentlich sehr empfehlenswert. Man kann sich aber dafür auch schwer einen antrinken und dann im betrunkenen Kopf allerlei lustige Geschichten aufstellen: Gläser an die Wand werfen, Schaufensterscheiben zerschlagen, Straßenlaternen einwerfen und dergleichen mehr... Hinterher soll das einem ja weniger Spaß machen und für einige Zeit wird die Wurst auf dem Brot sehr, sehr dünn... Daß einer hinterher sich noch über seine betrunkenen und sehr kostspieligen Heldentaten freut, ist mir noch nicht vorgekommen."

Wir näherten uns meiner Haltestelle. Der Wagen zog langsam die Bremsen an. Ich begann ein letztes Mal: „Die zerschnittenen Kabel, die zerschossenen Städte, den Dampfer mit dem großen Loch — ich malte mit beiden Armen in der Luft —, **wer bezahlt denn das eigentlich alles?**"

Magere, graue, verhärmte Gesichter verzogen sich zu einem grimmigen Lächeln. Ich stand schon auf dem Trittbrett, als ein älterer Arbeiter dem tapferen Marinesoldaten auf die Stirne tippte und leise und nachdrücklich sagte: „**Wir selbst, wir Idioten!**"

(**Karl Ottens** im „Anderen Deutschland".)

Bericht eines Seemannes

Von **Walther G. Oschilewski**

Ich heiße Paule Schmitthenner und bin zweiter Steuermann auf einem brüchigen Doppelschraubendampfer, den ein verrückter Reeder „Jerusalem" taufte. Ausgerechnet Jerusalem!

In Holstein erblickte ich am 18. März 1892 das Licht dieses kleinen Vorortes unserer großen Welt; meine Mutter war vom Lande gebürtig, mein Vater ehemals Walfischjäger, erster Harpunier, dann Dorfschuster und ist nicht mehr. Ich bin jetzt etwas dick um die Waden — eine Anlage von Kindesbeinen her —, unrasiert, mit einem harten Schädel und fahr wohl an die zwanzig Jahre.

Eine Braut habe ich nicht. Anna-Marie, die mir einst hübsche Augen machte, sitzt jetzt in Rotterdam mit einem reichen Zwiebel- und Gemüsehändler. Als ich's erfuhr — Vater Klasen brachte mir die Kunde —, versoff ich die Heuer Februar-September und schlug auf den großen Eichentisch (es war im „Strammen Fisch"), daß ein ganzes Regiment halbgefüllter Gläser einen klirrenden Marsch gegen die Decke trommelte. Manchmal juckt es mir noch, diesem saudummen Salatwächter Feuer ins Gewerbe zu legen — aber dann sage ich mir, man soll die Leute leben lassen.

Im September dieses Jahres wurde unser alter Kasten frisch getüncht und hurtig aufgetakelt, lud Stahl und Glaswaren für M. E. Sidney & Sohn in Alexandrien, bekam einen neuen hundsgemeinen Kapitän, der auf den Namen Lammerle hörte (Käpt'n Lammerle), einiges Geflügel, Kaninchen, frisches Fleisch und trockenes Stroh und fuhr am 3. September nach Alexandrien los.

Ein hübscher Wind saß uns im Rücken.

Wenn ich von unterwegs erzählen soll, so ist nichts Besonderes vorgefallen. Die Arbeit ist immer dieselbe, das Essen ist trotz des jungen Geflügels gleich schlecht, der Fux an Bord ist auch immer derselbe. Manchmal kriegt man wohl ein neues Gesicht vor die Nase: einen Grünling, einen Halbmaster oder einen alten Seehund. Das sind die rechten: mit zerhauenen Ohren, aber stramm, wenn der Kessel brummt, und bis in den Mastkorb können sie spucken.

14 Tage hing ein blanker Himmel über uns. Wie eine Pauke. St. Vincent und Portugals Küste schlossen den Himmel ab. Nachts ritten Schwarzgeister durch die Rahen; kleine Sterne brannten wie Zündhölzer in der Schwärze. Je weiter wir den Süden hinunterschwammen, desto heißer kroch uns Afrika in unsere Nasen.

Hinter Gibraltar — wir fuhren weiter, ohne im englischen Hafen anzulegen — gab es Halloh! Es begann gerade ein wenig zu regnen, der Wind pfiff leicht an, da trafen wir unsere kleinere, nicht weniger spack aussehende Schwester, die Dreimasterbark „Viktoria". Alles was laufen konnte, schoß auf Deck. Selbst der dicke Koch Baldrian trudelte aus der Kombüse. Drüben, von einem dünnen grauen Regen wie in ein Tuch gewickelt, war noch ein letztes Stück Heimat, ein Fetzen Harmonikagedudel, ein Streifen Weiberhemd. Alles brüllte zu der „Viktoria" hinüber, winkte, die Arme ruderten, die Leiber hingen wie Säcke über die Reeling, dann war der Rest Erinnerung weg.

So liegen wir jetzt auf dem Wasser; unsere Fußwurzeln können Wind und alle flüssigen Elemente saugen, bis sie genug haben. Wir schaukeln immer, auch wenn wir nüchtern sind und haben oft Geschmack nach einer Handvoll Erde. Nur immer Wasser, das einem in die Augen kneift, nur immer Land in der Ferne, daß man kurzsichtig werden könnte; wir sehen ja nichts weiter.

Aber ich möchte auch nicht auf dem Lande leben. Ja, vielleicht einen Sommer einmal, wenn Zeit wäre. So in den Wald zu kriechen, Laub zu schneiden, Füchsen aufzulauern, das mag schön sein. Wer von uns Seeleuten weiß denn, wie alles wächst und in den Herbst getragen wird! Uns spült das Meer in das Hinüber. Wer von uns ist nicht schon in den Tod geschwommen?

Mein Freund, der Job, will auch nicht auf dem Lande leben, obwohl es vielleicht wärmer wäre. Er meint, diese Leute hätten einen Frosch in der Stimme und weiches Fleisch, und die Amrainer nennt er Landwarzen und die in den Städten Stadtpfeifer. Und fast alle müßten ja in den Betten sterben. Aber nicht nur Job, auch Klaus, Riebold, auch Tim Wulper, unser Deutschaustralier, meinen so.

Wir wären alle zufrieden, wenn das Essen etwas besser wäre. Das Dörrgemüse zerkratzt einem die Kehle und bleibt irgendwo stecken. Und das salzige Schweinefleisch zerfrißt den Geschmack.

Aus dem Kapitän machen wir uns gar nichts. Wenn der brummt, spucken wir. Kein Neuling auf „Jerusalem" darf uns in die Taue treten, und wenn er hundertmal in Grönland mit einem Eisbären tanzen könnte! Wir sind alle stramme Jungens, alle Mitte Dreißig. Wir machen unsere Arbeit. Wenn Freizeit ist, spielt Riebold einen Niggersong und was Derbes aus der Heimat. Es stinkt dann wieder nach Hamburger Knaster. Die Sterne, die der afrikanische Himmel deckt, stehen auch über St. Michael. Wo wird Fiete sein? Olga? Ob der Wirt vom „Strammen Fisch" wieder jemanden auf die Straße setzt? Der Kerl soll sich hüten, wenn wir heimkommen!

Für treue, teutsche Untertanen

Seine ostelbischen Prätorianer haben ihn zwar verraten. Wird Ihm schon allerhöchsten Schmerz bereiten, daß die wetterfesten Stützen von Thron und Altar um ein paar gutbezahlte Ministerposten und so'n bißchen Spielraum bei den schwarz-weiß-roten Fütterungskrippen republikschutzgesetzlich gestolpert sind... Aber der alte Preußengott lebt noch. Wenn auch die Neorepublikaner der Weltarpfakultät nach Ludendorffs berühmtem Tapetenmuster für Schutzzollprozente gen **Doorn** den Dolch gestoßen haben — der Mann mit der Tenorlocke ist und bleibt populär.

Tatütata... Im Schaufenster kann man ihn sehen. Nicht in Spiritus. Nicht auf den lieben Gott und seine schweren Einkünfte aus der Zollernabfindung gestützt. Aber glitzernd in frischgebügelter Paradeuniform, wie einst im Mai.

Da ist ein kleines, nettes Lädchen, wo man das blaue Blut gleich in Serien (einschließlich Familienstammbaum) einhandeln kann. Für ganze zehn Pfennige. Da steht der Mann aus Öls mit den undulierten Gesichtszügen. Mit Tennisschläger. Smart im Gesellschaftsschnitt. Der Gent von **Charleville**. Da steht der fette Eitel Schieberich mit anderthalb Kilo Ordenszink auf der gutauswattierten Heldenbrust. Da ist — och Gottchen — das braunschweiger Prinzeßchen, züchtig und mit diskreter Huld aufgebaut wie eine gut gefälschte Landleberwurst. Lehmanns „Einzige", dem Vater wie aus der Bartbinde geschnitten. Hab Sönneken im Herzen!

Für zehn Pfennige aber — und das ist der Clou — kann man auch den Sänger an Agir selbst erstehen. Noch immer kitzeln die militärisch gedrillten Schnurrbartspitzen männlich gestrafft des Seligen Augenbrauen; noch immer schwingt sich auf dem Gottesgnadenhaupts kokett und sanft vereinsamt die genestelte Haarlocke aus dem Requisitenbestande des Hoftheaters von Klein-Köleritz. Das Auge, kühn und furchtlos, zerschmettert nach traditionellem Brauch alles, was sich ihm in den Weg stellt. In Postkartenformat. Für zehn Pfennige. „Wilhelm II., Rex... Haus Doorn, 1926." Handschriftlich signiert. „Er" unterzeichnet in alter Frische. Und die Uniform sitzt, für den Photographen poliert, ganz wie dunnemals. Nur der Orden sind noch etwas mehr geworden.

„Mama," sagt ein kleiner Bengel und zeigt sehr ahnungslos auf das Bild des verkrachten Schmierenschauspielers Wilhelm Rex, „kauf mir doch den Mann mit dem Schnurrbart! Der sieht aus wie Rübezahl..." Junge, Junge, etwas mehr Respekt könntest du doch haben! Immerhin...

tuka.

Verbandsleben

Berliner Kulturabteilung

Ehemalige Adventskapelle, jetzt Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Das Geheimnis des erfolgreichen Werbens liegt in der Kunst, an die indifferente Masse heranzukommen. Dann erst ist eine Belehrung und Beeinflussung möglich. Um dies zu erreichen, ist schon manches Mittel versucht worden. Den wenigsten Erfolg bringen heute öffentliche Werbeversammlungen, da sie erfahrungsgemäß schlecht besucht sind, ferner sind auch Flugblätter teuer und werden wenig gelesen. Ein zeitgemäßes Werbemittel ist der Film. Zu einer Filmvorführung ist selbst die der Agitation schwer zugängliche Frau zu bekommen. Der Film bringt die Menschen erst rein äußerlich mit der Bewegung in Berührung, bietet aber dann auch alle Möglichkeiten, durch Belehrung und Aufklärung die Mitglieder zu festigen.

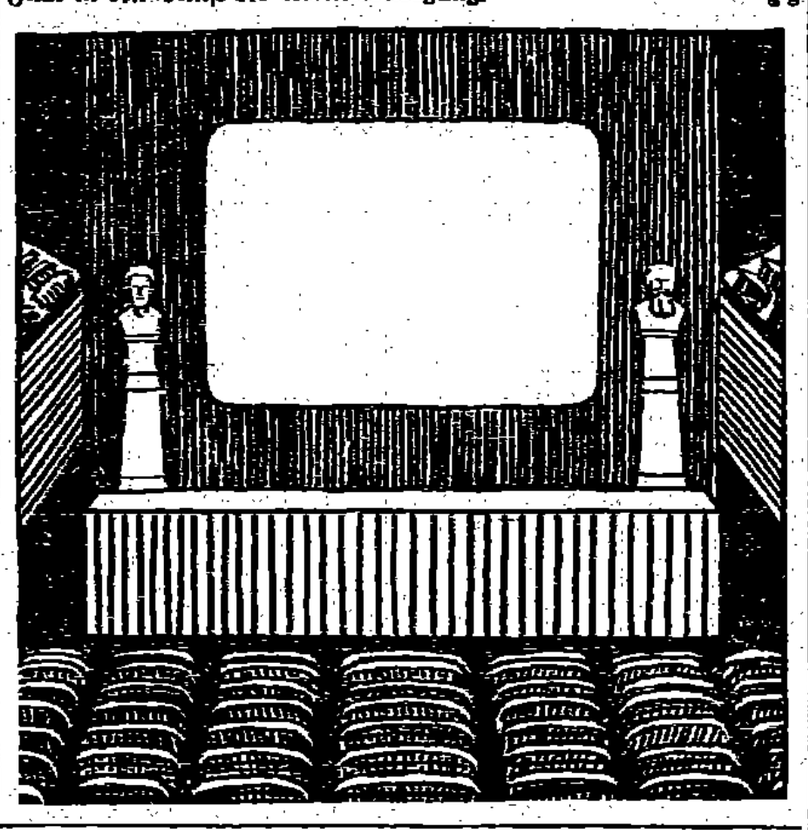
Unsere berliner Kollegen haben sich bei Schaffung ihrer Kulturabteilung von dem Gedanken leiten lassen, den Film in den Dienst unseres Verbandes zu stellen. Damit soll zu gleicher Zeit dem Kulturfilm, den heutigen Tages die Kinobesitzer zugunsten kitschig-verlogener Liebes-, Militär- und Fürstengeschichten vernachlässigen, eine Heimat geschaffen werden. Ein Wert, das unsere Aufmerksamkeit erfordert.

Unweit der berliner Ortsverwaltung auf der Linienstraße steht, noch aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammend, ein Hintergebäude mit eigenartig orientalischem Stil, die Adventskapelle. Ehemals gehörte sie einer frommen Wiedertäufersekte, deren Geschäfte mit der Zeit sehr schlecht gegangen sein müssen. Wiedertaufen ließen sich sehr wenig, wenn schon Arbeiter der Kirche den Rücken kehrten, so taten sie es vollständig. Der kirchliche Betrieb wurde also aufgesteckt und ein wirklich großstädtisches Hinterhauskino mit den blutigsten Schauerdramen machte sich in der Kirche breit. Nun scheint auch das Kulturbedürfnis des Großstädters höher zu sein, das Schundkino konnte nicht bestehen und unsere berliner Kollegen waren beherzt genug, diese Kirche als Kulturabteilung unseres Verbandes auszubauen. Die Inneneinrichtung wurde geschmackvoll hergerichtet. Der weißen Wand zur Seite stehen die Büsten Lassalles und Wilhelm Liebknechts. Es ist eine Bühne mit abgegrenztem Orchesterplatz vorhanden, so daß in der Kulturabteilung allerlei Veranstaltungen abgehalten werden können. Für rund 400 Personen gibt es Sitzplätze. Eine Schau guter Bücher ist ausgestellt.

Die Leitung des Kinos ist einem anerkannten Fachmann übertragen, der auch die Filmbesorgungen zu erledigen hat. Dabei wird nach bestimmten Grundsätzen verfahren. Eine Vorführung soll die Zeit von 1½ Stunden nicht überschreiten. Das ist notwendig, denn es finden in der Regel am Abend zwei Vorstellungen statt. Das Programm umfaßt in der Regel drei Filme, ein technischer oder wissenschaftlicher, ein Naturfilm und eine Humoreske. In dieser Zusammenstellung sind schon sehr gute Sachen über die Flimmerwand gelaufen. So liefen bereits die großen Werke „Iwan der Schreckliche", Maxim Gorkis „Mutter", „Panzerkreuzer Potemkin", „Beethoven" und andere Filme, die von den Kinos, die im Dienste des Bürgertums stehen und nachdenkliche Gesinnung vermeiden, sabotiert wurden. Die technischen Filme sind meist der Metallindustrie entnommen und behandeln zeitgemäße Fragen. Es lief schon der Fordfilm, die Groß-Eisenindustrie, Bau und Betrieb der elektrischen Lokomotive usw. Die Abende sind entweder für Betriebe oder Branchen oder Wohnbezirke abgegrenzt. Das macht sich notwendig, um eine gerechte Verteilung der Karten zu ermöglichen. Bestimmte Abende sind der Jugend vorbehalten. Für den Besuch der Kulturabende hat das Mitglied nebst Frau und Kinder gegen Vorzeigen des Verbandsbuches einen Kulturbeitrag von 10 ₰ zu entrichten. Dieser Beitrag tilgt die Unkosten und Gewinne sollen nicht gemacht werden.

In den Filmpausen laufen die Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen, wichtige Verbandsmitteilungen und geschickt angebrachte Ermahnungen über die Leinwand. Sie verfehlen keinesfalls ihre Wirkung und im Laufe eines Monats sind sie einem großen Hundertsatz der Mitgliedschaft zu Gesicht gekommen, denn das Kino ist immer voll besetzt.

Schwierigkeit bereitet zurzeit noch die Auswahl der Filme. Die Filmherstellung liegt noch in den Händen von Unternehmern und Gesellschaften, die der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen und das Bestreben haben, die Massen der Arbeiter in den Bann spießerlicher Gedankenlosigkeiten zu ziehen. Der kulturfördernde Film, der wahr und tief aus dem Leben schöpft, findet wenig Förderer. Nimmt sich die Arbeiterschaft mehr der Sache an, schafft sie mehr Stätten, die ihrer Kultur dienen, dann wird auch die Filmherstellung gezwungen sein, dem Bedarf an schöneren Kulturwerken gerecht zu werden. Unter solchen Umständen wird dann der Film einer kulturfördernden Aufgabe gerecht werden können. Die arbeitende Bevölkerung wird Aufklärung und Belehrung aus dem wahren Geschehen des menschlichen Lebens und der Gesellschaft ziehen und das volksverderbende, verkitschende und verdummende Proletenkino wird einpacken können. Darum stellt den Film in den Dienst der Arbeiterbewegung. kk



An unsere Mitarbeiter

Jeder Verbandskollege muß der Zuschrift an die Zeitung die Nummer seines Verbandsbuches beifügen oder seine Mitgliedschaft von seiner Ortsverwaltung bescheinigen lassen. Und die Frauen unserer Kollegen, die uns mit Zuschriften beehren, müssen die Buchnummer ihres Mannes beisetzen. Wenn die Buchnummer oder der Mitgliedschaftsausweis fehlt, kann die Zuschrift nicht veröffentlicht werden.

Jeder Mitarbeiter lege der Zuschrift ein mit Anschrift und Freimarke versehenen Umschlag bei, damit der Aufsatz zurückgesandt werden kann, wenn er nicht verwendet wird. Wenn ein solcher Umschlag fehlt, wird angenommen, daß auf die Rücksendung kein Wert gelegt wird.

Man schreibe deutlich und gemeinverständlich und mit Tinte oder Schreibmaschine; man lasse genügend Raum zwischen den Zeilen und benutze nur eine Seite des Blattes. Schriftleitung.

stimmung, das der Arbeitervertretung ein Kontrollrecht an den Unterstützungsfonds gewährleistet.

Wir sehen, daß die Rationalisierung ein glänzendes Geschäft für unser Unternehmertum bedeutet. Den Arbeitern aber muß man zurufen: Organisiert euch besser, daß solche Raubzüge nicht mehr möglich sind. Und entsendet als Vertreter des Betriebsrates nicht die allerältesten Arbeiter in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften. Hier tut frisches, junges Blut not, die den Mut zur Kritik auch in den Aufsichtsratssitzungen aufbringen. Studiert aber auch die Bilanzen. Dann werdet ihr viel Wissenswertes über den eigenen Betrieb vorfinden. H. E.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Für die Elektroindustrie Baden-Pfalz ist durch Parteiverhandlungen folgende Regelung getroffen: Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden die Woche. In besonderen Fällen kann der Arbeitgeber unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung die Arbeitszeit für einzelne Arbeitergruppen, Betriebsabteilungen oder für den ganzen Betrieb auf 54 Wochenstunden und mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung auf 60 Stunden die Woche ausdehnen. Die über 48 Wochenarbeitsstunden hinaus geleistete Arbeitszeit wird für die 49. bis einschließlich 51. Wochenarbeitsstunde mit 20 vH, für die 52. bis einschließlich 60. Wochenarbeitsstunde mit 25 vH vergütet. Der Rahmentarif gilt ab 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928. Erstmals kündbar mit einer Frist von 6 Wochen. Die Elektromonteure erhalten eine Lohnerhöhung von insgesamt 13 ₰ in der Spitze, und zwar 7 ₰ ab 20. Juni und weitere 6 ₰ ab 2. Oktober d. J.

Kronenberg. Nach mehrwöchentlichem Streik wurde eine Erhöhung der Tariflohnsätze ab 1. Juni um 8 vH erreicht. Arbeiter, die höher bezahlt werden, erhalten den Pfennigbetrag ihrer Gruppe. Die Akkordlöhne werden allgemein um 5 vH, die Akkordlöhne der Schleifer und Bohrfeiler um 7 vH erhöht. Die Berechnung der Akkordgrundlage erfolgt jetzt vom Stundenlohn aus, dadurch ist die Akkordbasis gegenüber früher wesentlich erhöht worden.

Plauen. Mit der Klempnerinnung wurde folgendes Lohnabkommen vereinbart. Die Löhne betragen für Arbeiter:

	ab 3. 6. 27	ab 1. 10. 27
über 23 Jahre	1,12 ℳ	1,15 ℳ
21—23 „	0,98 „	1,01 „
19—21 „	0,75 „	0,78 „
17—19 „	0,65 „	0,68 „

Die Spitzen-Altersklasse betrug bisher 24 Jahre.

Uhrenindustrie des Schwarzwaldes. Der Schlichtungsausschuß fällte mit der Stimme des Vorsitzenden folgenden Schiedsspruch: a) Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt 51 Stunden. Darüber hinaus ist eine Verlängerung nur im Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung möglich. Zuschläge für die über 51 Stunden in der Woche geleistete Mehrarbeit ist mit Ausnahme der im Gesetz vorgesehenen Fälle für die 52. und 53. Stunde ein Zuschlag von 15 vH, für die darüber hinaus geleistete Mehrarbeit ein Zuschlag von 25 vH zu zahlen.

Ein bürgerliches Urteil über das Dinta

Ein sehr treffendes Urteil darüber, was die Unternehmer in Wirklichkeit mit dem Dinta erreichen wollen, gibt der den Unternehmern wohlwollend gesinnte Professor Adolf Weber in München in seiner neuen Schrift:

„Klarer jedenfalls als die Arbeiter, erkennen die Arbeitgeber die neuen Möglichkeiten, die sich hier ergeben. Sie sind durch die Erfahrungen gewitzigt, heute nicht mehr so töricht, die Idee der Werksgemeinschaft dadurch auszunützen, daß sie recht und schlecht die Organisation der Arbeiter durch Errichtung von „gelben" Gewerkschaften, die dem Unternehmertum gefügig sind, nachahmen. Auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit war es für die deutschen Arbeitgeber kein allzu schweres Opfer, als sie in der Vereinbarung mit den Gewerkschaften vom 15. November 1918 die Verpflichtung eingingen, die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeiter fortan sich vollkommen selbst zu überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar zu unterstützen. Sie fassen das Problem der Werksgemeinschaft jetzt tiefer und gründlicher als vor dem Kriege. Äußerlich wird das schon zum Ausdruck gebracht durch die Gründung der Dinta, dem deutschen Institut für technische Arbeitsschulung, das 1925 in Düsseldorf errichtet wurde, hauptsächlich um Führer und Unterführer heranzubilden, die die Arbeiterschaft systematisch zur Idee der Werksgemeinschaft heranführen sollen."

Das ist ein Geschäft!

Vor mir liegt die Geschäftsbilanz der Aktiengesellschaft, in der ich Betriebsratsmitglied bin. Diese Bilanz ist sehr aufschlußreich. Bei jeder Lohnerhöhung und bei jeder Zulagegewährung für die einzelnen qualifizierten Leistungen unserer Kollegen hörten wir, daß kein Geld da sei, daß wir viel mehr leisten müßten und dergleichen mehr. Die Bilanz weist nun bei einem Aktienkapital von 2 950 000 ℳ einen Bruttogewinn von 1 619 000 ℳ auf. Zahlenmäßig ist der Bruttogewinn vom Aktienkapital gleich 66 vH. Ich schreibe zahlenmäßig, denn der Gewinn wird doch absichtlich niedrig gehalten und ist in Wirklichkeit viel höher. Eine Bilanz wird gemacht für die Öffentlichkeit, eine andere für die Aktionäre. In den meisten Fällen wird ⅓ bis ½ des Gewinnes in der Öffentlichkeitsbilanz verschleiert. Ganz besonders dann, wenn sich die Aktien im Besitze eines Familienverbandes sich befinden. Und das ist hier der Fall. Der Bruttogewinn beträgt also mit dem verschobenen Drittel glatt die ganze Summe des gesamten Aktienkapitals.

Die dunkle Seite der Rationalisierung ist nun folgende: In meinem Betrieb ist und wird noch rationalisiert. Man schickte Betriebsfachleute in leitender Stellung nach Amerika zum Studium der Arbeitsweisen. In einzelnen Abteilungen erspart man durch schärfere Antreiberei und durch zeitsparende Arbeitsweisen an den technisch verbesserten Maschinen über 100 vH an den Arbeitslöhnen. Rechnet man noch die 200 vH allgemeine Geschäftsunkosten dazu, die doch noch zu den gesparten Arbeitslöhnen hinzukommen, so wird das hergestellte Produkt in einzelnen Abteilungen über 300 vH billiger hergestellt als im Jahre 1925. — Der Verkaufspreis des Erzeugnisses ist aber heute noch dergleiche wie vor der Rationalisierung.

Wenn man noch weiß, daß dieselbe Aktiengesellschaft im Jahre 1926 eine halbjährige Kurzarbeitskrise durchmachte, zahlreiche Entlassungen an der Tagesordnung waren, dann steht für jeden fest, daß sich der Bruttogewinn bei normalem Geschäftsgang auf das 1½fache des Aktienkapitals belaufen würde. Denn die eben erwähnten Gewinne wurden erzielt trotz Entlassungen und Kurzarbeit von 32 Stunden die Woche.

Der bilanzmäßige Reingewinn beträgt 220 000 ℳ für 1926. Ist wirklich nicht viel und ergibt aber auch nur mit einem Übertrag vom vorigen Jahre eine Dividende von 8 vH. Ein Posten von 100 000 ℳ ist für die Unterstützungskasse des Werkes und ein anderer von 10 000 ℳ für die Lehrlingsstiftung eingesetzt. Welch schöner Mantel vor der Öffentlichkeit! Die Hälfte des Reingewinns überläßt man also den Arbeitern. Aus rechtfertigendem Grunde: Man entzieht die Hälfte der Besteuerung. Man arbeitet lustig weiter mit dem Kapital, das man als Sozialausgabe gebucht hat. Wie schwer aber wird es einem Betriebsrat gemacht, wenn er in besonderen Notfällen einmal für einen Arbeiter um eine Unterstützung nachsuchen muß. Dann bekommt man zu hören, daß mehr als die Hälfte des Zinssatzes des Unterstützungsfonds nicht verausgabt werden darf. Wie dringend not täte hier im Betriebsrätegesetz eine Bestimmung, das der Arbeitervertretung ein Kontrollrecht an den Unterstützungsfonds gewährleistet.

Wir sehen, daß die Rationalisierung ein glänzendes Geschäft für unser Unternehmertum bedeutet. Den Arbeitern aber muß man zurufen: Organisiert euch besser, daß solche Raubzüge nicht mehr möglich sind. Und entsendet als Vertreter des Betriebsrates nicht die allerältesten Arbeiter in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften. Hier tut frisches, junges Blut not, die den Mut zur Kritik auch in den Aufsichtsratssitzungen aufbringen. Studiert aber auch die Bilanzen. Dann werdet ihr viel Wissenswertes über den eigenen Betrieb vorfinden. H. E.

Jubiläumsfeier des Metallarbeiter-Verbandes in Zorge

Die Verwaltungsstelle Zorge a. Harz konnte bei der vorjährigen Jubiläumsfeier auf 25 Jahre Verbandsarbeit zurückblicken und die Ehrung von 32 Gründern und Jubilaren der Verwaltungsstelle vornehmen. Am 18. Juni nun feierte die Verwaltungsstelle das Jubiläum von weiteren 20 Kollegen. Zu ihren Ehren waren, wie im Vorjahre, fast alle Verbandsmitglieder mit ihren Angehörigen gekommen. Nach einigen musikalischen Darbietungen und Gesangsvorträgen der Liedertafel Zorge sprach Bezirkssekretär Tornau aus Hannover im Auftrage der Bezirksleitung und des Vorstandes den Jubilaren die wärmste Anerkennung für ihre dem Verbande geleisteten Dienste sowie für die bewiesene Treue und Opferbereitschaft aus. Wobei er darauf hinwies, daß wohl selten eine Verwaltungstelle mit 260 Mitgliedern 52 Jubilare aufweisen könne. Nach weiteren herzlichen Worten überreichte der Bevollmächtigte der Verwaltungstelle, Kollege Pfeiffer, den einzelnen Jubilaren eine von der Verwaltungstelle Zorge gestiftete Ehrenurkunde. Im Namen der Jubilare sprach Kollege Drechsler den Verbandsstellen und dem Redner den Dank für die Ehrung aus. Er schloß mit der Aufforderung an die Jubilare, nach wie vor für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu wirken und die jungen Kollegen anzuhalten, das von den Alten begonnene Werk fortzuführen. Bei Musik und Tanz blieben die Versammelten noch lange vergnügt zusammen.

Als Mark Twain schon ein alter Mann war und einst auf einem der großen Flußdampfer den Mississippi hinunterfahren wollte, war auf dem Dampfer kein Platz mehr. Schließlich erklärte sich ein menschenfreundlicher Major bereit, ihm in seiner Kabine ein Unterkommen zu gewähren. Das freute Mark Twain sehr, denn der Major war von der Heilsarmee, war noch jung und hieß mit Vornamen Mary.

Rundfunk und Proletariat

Der deutsche Rundfunk hat nach dreijährigem Bestehen eine Bedeutung erlangt, die sicher niemand vorausahnen konnte. Die Macht und den Wert des Rundfunks haben zuerst die Kreise erkannt, die durch ihre Presse, Korrespondenzen und neuerdings auch durch den in ihrem Solde stehenden Ufa-Filmbetrieb die öffentliche Meinung zu beherrschen suchen, also die verbündete Reaktion, Großindustrie, Großkapital und ihr bürgerlicher Anhang. Von Anfang an haben sie sich darum bemüht, auch den Rundfunk als zur Befestigung ihrer Herrschaft auszugestalten, als Meinungsfabrik, die offen und verhüllt nur in ihrem Geiste wirkt.

Wie sieht der wirtschaftliche Bau des deutschen Rundfunks aus?

Der gesamte Sonderbetrieb bildet ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen, und zwar in Form einer Aktiengesellschaft, deren Anteile zu 51 vH im Besitze der Reichspost und zu 49 vH in Händen von Privatkapitalisten sind. Wir besitzen außer dem großen Deutschlandsender in Königswusterhausen bei Berlin, der fast nur dem Überland- und Überseefunk dient, 9 selbständige Sender mit dazugehörigen 15 Zwischensendern. Der Münchener Sender mit seiner Filiale Nürnberg bildet auf Grund der bayerischen Posthoheit ein eigenes Unternehmen und ist in dieser Summe nicht enthalten. Die 9 Senderbetriebe unterhalten eine Dachgesellschaft, die „Reichs-Rundfunk-Gesellschaft", die zugleich Treuhänderin des Kapitals ist.

Die Gebühren der Hörer von 2 ℳ für jeden Monat werden von der Post eingezogen. Die Post hat jetzt bei 1,6 Millionen angemeldeter Hörer einen Gesamteingang von 38,4 Millionen Mark jährlich, wovon sie den einzelnen Sendern je nach Größe 50 bis 60 vH überweist. Der größte Sender Berlin, der 50 vH erhält, hat bei 600 000 Hörern eine jährliche Einnahme von 7,2 Millionen Mark. Hierzu kommen noch, wie bei den anderen Sendern, erhebliche Einnahmen aus der Funkreklame.

Die von der Dachgesellschaft auszuschüttende Dividende sollte nach den vom Reich erlassenen Richtlinien nicht mehr als 10 vH betragen. Das ist schon eine schöne Verzinsung eines so gut wie mündelsicher angelegten Kapitals in Aktien, die mit der Zeit immer wertvoller werden. Die umlaufenden großen Beträge werden von einer Anzahl von Nutznießern — Studiengesellschaften und Versuchsbetrieben — stark in Anspruch genommen. Auch sind die Gesellschaften mit einer stattlichen Menge von Verwaltungsratsposten, Länder- und Reichsvertretern gesegnet. Eine Funkzeitung hat ausgerechnet, daß von allen eingehenden Geldern nur etwa 15 vH für das ureigene Gebiet des Rundfunks, für die Bestreitung der Darbietungen, übrig bleiben. Der Rest geht in der „Organisation" auf.

Die zwischen dem Reich und den Sendern abgeschlossenen Verträge laufen bis zum Jahre 1939 und machen das Vertragsverhältnis mit den Gesellschaften — und damit auch mit den Direktoren — erst drei Jahre vor diesem Termin kündbar. Wo gibt es in der Industrie noch solche Bedingungen?

Zur Übermittlung der Tagesnachrichten ist die „Drahtlose Dienst A.-G." gegründet worden. Die Sender sind verpflichtet, nur die von dieser „Dradag" gelieferten Nachrichten zu bringen, aber — es ist ihnen überlassen, wieviel sie davon mitteilen wollen. Nachrichten von örtlicher Wichtigkeit gehen von den Sendern selbst aus. Durch diese Bestimmung ist eine Parteinahme im Sinne der die Sender beherrschenden Kreise gewährleistet. Die Meinungsfabrik von Schwerindustrie und Großkapital arbeitet einprägsam und andauernd. Das wird alles sehr geschickt aufgezogen. Empfänge des Reichspräsidenten — Weinmessen — Ausstellungen — Meldungen des Reichsinnenministers — des „Olympiers" Keudell mit den „Panzerzug"-Stiefeln.

Über die ungeheuren Kämpfe, die sich jetzt in China abspielen, wie über Weltkongresse der proletarischen Organisationen von beachtenswerter Bedeutung erfahren die Hörer der meisten Sender herzlich wenig.

Im Vortragswesen der meisten Sender liegen die Dinge am ärgsten. Hier kommt die schwärzeste Reaktion fast unverhüllt zum Durchbruch. Unwiderlegbare Beweise sind in Massen aufzuführen: die berühmte berliner Skagerrakfeier, die auf „Wunsch" des Reichswehrministeriums stattfand, ist unvergessen, die Rede des Pastors Müller, der die von den Massen angestrebte Freiheit als wilde Zügellosigkeit bezeichnete, ist der jüngste Fall. Man kann eine ansehnliche Liste mit diesen groben Verstößen füllen, von denen der „Neue Rundfunk", die proletarische Funkzeitung, zeitweise Mitteilung macht. Die Morgenandachten, die von den Vertretern der staatlich konzessionierten Kirchen abgehalten werden, sind fast durchweg im Geiste antisozialistischer Geistesrichtung gehalten und stehen im Dienste der Reaktion und des Militarismus. Die Freidenkerverbände, die eine halbe Million Mitglieder umfassen, kommen so gut wie gar nicht zum Wort. In Berlin in drei Jahren zweimal!

Bei den Reden proletarischer Sprecher stellen sich so auffallend oft „technische Störungen" ein, wie in Leipzig bei der Einweihung der Bundesschule, genau als der Kommunist Eberlein sprach, und in Berlin am 1. Mai bei der Rede des Genossen Aufhäuser. Nach Beendigung dieser Ansprachen arbeiteten die Sender natürlich wieder einwandfrei! Über die Wesensart fremder Völker pflegen vorwiegend — pensionierte Offiziere Vorträge zu halten.

Auf alle Vorstöße, die vom Arbeiter-Funk- und vom Arbeiter-Radiobund geführt werden, antwortet die Senderleitung immer mit dem Schlagwort der „Neutralität", hinter dem sich nur reaktionäre „Belange" verbergen. Es darf nur eine Überparteilichkeit geben. Es kann niemand an den ungeheuren Massen von Fragen vorübergehen, die heute die Gemüter aller Kreise bewegen. Man kann auch künstlerisch Weltgeschehen und Menschenschicksale nicht gestalten, ohne Stellung zu nehmen, ohne zu revoltieren! Nur geistige Eunuchen wären dazu imstande und Obergutachten! In den vom Reich erlassenen Richtlinien steht nichts von „Neutralität". Da heißt es vielmehr: „Der gesamte Nachrichten- und Vortragsdienst ist streng überparteilich zu gestalten."

Bescheiden gerechnet, sind von sämtlichen Rundfunkhörern sieben Zehntel Proletarier, die mit ihren sauer ersparten Groschen den ganzen teuren Senderbetrieb mit allen seinen Direktoren und Nutznießern unterhalten. Es muß anerkannt werden, daß einzelne Reichssender, wie der in Leipzig, Elberfeld und Breslau, sich bemühen, die Darbietungen dem Gedankenkreis der werktätigen Bevölkerung anzupassen und eigene Volksabende zu veranstalten. Grundsätzlich und allgemein ist davon jedoch sehr wenig zu spüren.

Hier kann nur eines helfen: Zusammenschluß aller proletarischen Rundfunkhörer zum gemeinsamen Kampf! Auf Grund der Mitbestimmungsrechtes durch gewählte (nicht ernannte) Vertreter müssen die Senderleitungen sich dazu verstehen, die Darbietungen der Befreiung der proletarischen Massen aus geistiger und materieller Not dienstbar zu machen. Wo werden Vorträge über die Grundlagen der Arbeiterbewegung, über ihre soziologischen und geschichtlichen Untergründe gehalten in einer Sprache, die wir alle verstehen? Wo sind Vorträge über die philosophische Auffassung proletarischer Weltanschauung?

Für den Proletarier ist der Rundfunk ein Instrument von ungeheurer Bedeutung. Er muß aus dem reaktionären Rahmen losgelöst werden. Denn er soll für uns sein: das Volksbildungsunternehmen, das dem Proletarier das Wissen vermittelt, das Welttheater von unbegrenztem Fassungsraum, das dem Proletarier die Kunst nahebringt, die seiner Vorstellungsweise von Menschen und Dingen entspricht, das Mittel, das durch Aufklärung dem Aufstieg der proletarischen Massen dient, das Werkzeug der Völkerverständigung und Völkerversöhnung, das durch keine Grenzpfähle gehemmt ist!

Der Mitgliederstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes des IGB für die Jahre 1924 bis 1926 ist soeben erschienen. Wir finden darin die Mitgliederzahlen der dem internationalen Bunde angeschlossenen Verbänden bis zum Jahre 1925. Wie die folgende Aufstellung bezeugt, hat sich die Mitgliederzahl im letzten Berichtsjahre wieder gehoben:

Länder	1923	1924	1925
Südafrika	10000	2670	—
Deutschland[1]	6293359	4446951	4582366
Argentinien	—	—	82574
Österreich	896763	828088	807515
Belgien	594938	576285	552094
Bulgarien[2]	14803	14803	14803
Kanada	121642	117010	106412
Dänemark	233116	237028	239704
Spanien	210617	213578	235007
Frankreich	757847	553770	605250
Großbritannien	4328235	4342952	4355619
Ungarn	176401	127526	125024
Italien[3]	234520	234520	234520
Litauen	12658	14982	16679
Luxemburg	12100	13637	13398
Memel	1907	1753	1401
Palästina	10736	14835	18863
Niederlande	179529	184154	189686
Polen	360811	291397	221423
Rumänien	38246	32863	33093
Schweden	313022	360337	334617
Schweiz	151401	151502	149997
Tschechei	924179	843783	856386
Jugoslawien	31837	25600	27156
Zusammen	15816127	13133004	13866337

[1] ADGB und Afa zusammen. [2] Alle Zahlen von 1922. [3] Alle Zahlen von 1923.

Beim Durchsehen der Zahlentafel findet man, daß neben den Ländern, die von 1924 auf 1925 Mitglieder eingebüßt haben, wie Kanada, Memel, Polen und einige andere, es solche gibt, die (1924 bis 1925) ziemlich beachtliche Gewinne gemacht haben. Es ist in diesem Zusammenhange überflüssig, auf die Ursachen des Niederganges und des erneuten Hochganges der Mitgliederzahl in den verschiedenen Ländern einzugehen, denn es ist männiglich bekannt, daß die Verluste auf die Geldentwertung, Arbeitslosigkeit und den Spaltbazillus zurückzuführen sind. Erfreulich ist für uns Deutsche besonders, daß sich die Mitgliederzahl des ADGB und der Afa nach dem beträchtlichen Niedergang von 1913 wieder aufwärts bewegt.

Der Tätigkeitsbericht bringt nicht nur die Mitgliederzahlen der ihm angeschlossenen Gewerkschaftsbünde, sondern auch der internationalen Berufssekretariate. Dank dieser Aufstellung vermag man die zahlenmäßige Stärke der internationalen Organisation der Berufs- oder Industriegruppen zu beurteilen. Was bei den Gewerkschaftsbunden gesagt wurde, trifft auch bei den Berufssekretariaten zu: einige haben Mitglieder eingebüßt, während andere im Jahre 1925 einen Gewinn buchen. Dies ist der Fall bei den Nahrungsmittelarbeitern, Hutmacher, Diamantarbeitern, Lithographen, Transportern, Malern, Buchdruckern und der öffentlichen Diensten.

Berufssekretariate	1923	1924	1925
Lebensmittel	554199	615355	692661
Bau	938940	885118	775108
Keramik	91586	83379	80196
Hutmacher	56107	56560	57352
Friseure	8268	8608	9155
Diamant	19230	20281	21276
Hotelangestellte	131480	66806	65343
Privatangestellte	695185	794992	720201
Kleidung	335254	293084	322510
Lithographie	45553	42128	47748
Metall	**2585717**	**1864471**	**1724421**
Bergbau	1941199	1832937	1658497
Holz	711287	614586	687197
Leder	340908	349937	351090
Fabrikarbeiter	841988	638357	691272
Textil	1326030	985572	956399
Tabak	140673	120220	105059
Transport	2091840	1921426	2145950
Post	484115	473434	466005
Malerei	71704	62095	181413
Buchbinderei	96064	81231	80603
Öffentliche Dienste	349089	415058	437310
Steinarbeiter	102264	95546	107240
Landwirtschaft	436226	864921	873542
Buchdrucker	173911	169516	184036
Glas	77741	76111	92165
Kürschnerei*	18161	—	—
Zimmerer*	98202	—	—
Zusammen	14787921	12991331	13021754

* Organisation aufgelöst.

Verdoppelung der leitenden Angestellten

Die wirtschaftspolitische Abteilung des Afa-Bundes hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, eine eigene Belegschaftsstatistik für alle durch die Mitglieder der Afa erreichbaren Betriebe aufzumachen. Der Erhebung lagen die Fragen zugrunde: Wie hat sich in der Zeit von 1914 bis 1926 das Verhältnis von Angestellten zu Arbeitern innerhalb einer Belegschaft zahlenmäßig verschoben? Welche zahlenmäßigen Veränderungen weist das Verhältnis von Direktion zu Belegschaft in diesen Jahren auf? Aus den Berichten von etwa 600 Betrieben kamen folgende Antworten: Nur in der Elektroindustrie, die heute noch ebenso wie vor dem Kriege die meisten Angestellten (1926 32,1 vH der Belegschaft, 1913 31,13 vH) und in der Schuhindustrie, die nach wie vor die wenigsten Angestellten beschäftigt (1926 9,9 vH, 1913 7,8 vH), sind die Verhältnisse ziemlich stabil geblieben. In allen anderen Wirtschaftszweigen dagegen sind beträchtliche Veränderungen eingetreten, und zwar fast durchgängig zugunsten der Angestellten. Der verhältnismäßig höchste Stand wurde 1925 erreicht; aber auch nach dem großen Abbau gab es immer noch mehr Angestellte im Verhältnis zur Arbeiterzahl als 1913. Es wird also durch diese Erhebung im einzelnen bestätigt, was die amtliche Berufsstatistik für 1925 ganz allgemein festgestellt hat: die Nachkriegswirtschaft Deutschlands hat für Angestellte im Verhältnis zu den Arbeitern mehr Verwendung als die Friedenswirtschaft. Am stärksten äußert sich die zahlenmäßige Verschiebung zwischen Angestellten und Arbeitern im Eisenbahn- und Brückenbau (auf 100 Arbeiter kamen 1913 13,3, 1926 aber 20,5 Angestellte), im Schiffbau (7,5 und 16,9), im Waggonbau (7,7 und 12,9), in der Maschinenindustrie (13,5 und 20,1) und in der Autoindustrie (9,9 und 18,2).

Eine Erklärung findet diese für die soziale Entwicklung Deutschlands bedeutsame Tatsache nicht nur darin, daß der Abbau der Angestellten im Jahre 1926 noch nicht so voll wirksam werden konnte wie bei den Arbeitern (Kündigungsschutzbestimmungen), sondern vor allem in dem für den Hochkapitalismus im allgemeinen und die Rationalisierung im besonderen charakteristischen Umstand, daß bei der zunehmenden Durcharbeitung des Arbeitsprozesses, bei der Normalisierung der Arbeitsgeräte usw. und bei der wachsenden Bedeutung der Vertriebsorganisation, der Reklame, mehr Angestellte gebraucht werden als früher. Welche Erklärung aber soll dafür zu finden sein, daß in den Jahren der rücksichtslosen Massenentlassungen, der Stillegungen und Betriebskonzentrationen, die stets mit der Notwendigkeit der Verminderung der Produktionskosten begründet wurden, die Zahl der leitenden Angestellten, der Direktoren, Prokuristen, Aufsichtsbeamten und Syndici ständig im Wachsen begriffen ist? In den einzelnen Industriezweigen kamen 1913 auf je hundert Arbeiter und Angestellten 0,8 bis 9,2 leitende Angestellte, 1925 bereits 1,1 bis 10,9; 1926 aber sogar 1,5 bis 19, das heißt im Verhältnis zur Belegschaft gab es 1926 doppelt soviel leitende Angestellte als 1913!

Arbeitsleistung und Entgelt

Fünfhundert Vertreter sämtlicher Arbeiterverbände des Baugewerbes Westdeutschlands beschäftigten sich kürzlich in Dortmund mit der Arbeitszeitfrage und verlangten überall die strikte Einhaltung des Achtstundentages, wie auch Verteilung der Bauvorhaben auf das ganze Jahr. Nur so könne dem Baugewerbe der Charakter des Saisongewerbes genommen und in einen ständig durchgehenden Betrieb verwandelt werden. Die 500 Vertrauensleute erkannten klar, daß nur kurze und regelmäßige Arbeitszeit einen anständigen Lohn gewährleisten kann. Auf dieser Konferenz wurde ein beredter Vorgang erwähnt:

Im vergangenen Jahr verhandelte man mit der französischen Regierung wegen größerer Bauarbeiten in Südfrankreich. Diese Arbeit sollte von deutschen Arbeitern ausgeführt werden. Die französischen Unternehmer hielten die deutsche Berechnung für vollkommen unzureichend. Des Rätsels Lösung fand sich darin, daß die deutschen Unternehmer die Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters um 60 vH höher als die des gleichen französischen Arbeiters einschätzten! Wenn die Unternehmer selbst schon 60 vH als „Mehr" ansetzen, dann bleibt die Wirklichkeit sicher nicht dahinter zurück, die tatsächliche Leistung dürfte eher darüber liegen. Wie aber sieht es mit der Entlohnung aus angesichts dieser Mehrleistung des deutschen Arbeiters? Die Entlohnung des deutschen Arbeiters steht nach dem Realwert gemessen nur wenig über dem Durchschnitt. In einer Reihe von Industriestaaten ist der Reallohn wesentlich höher. Und dabei wird immer noch behauptet, wir wären auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig!

Die Steigerung der Steuerlast

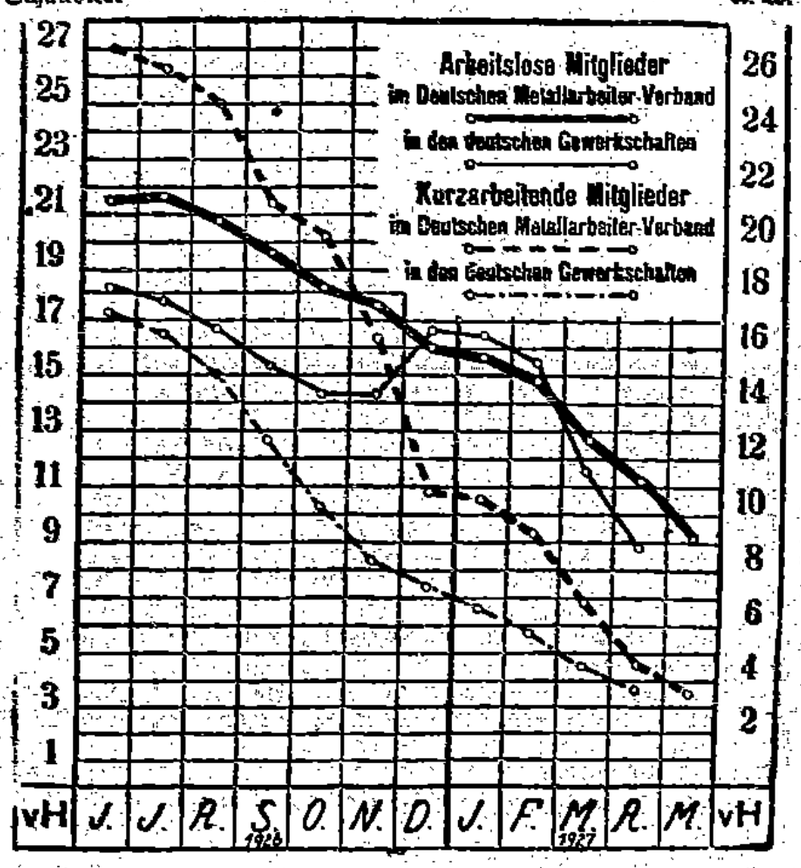
Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik für 1913 und 1925. Daraus ergibt sich, daß die Steuerlast in Deutschland ganz wesentlich gestiegen ist. Die gesamten Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben betrugen 1913 4058 Millionen, im Jahre 1925 hingegen 10 560 Millionen Mark. Die Einnahmen sind demnach um 6,5 Milliarden oder um 160 vH gestiegen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, entfallen durchschnittlich auf einen Einwohner im Jahre 1913 70,21 ℳ, im Jahre 1925 hingegen 169,20 ℳ. Die Steigerung betrug also rund 141 vH, wobei die gesunkene Kaufkraft außer Betracht bleibt. Diese Steuermehrleistung ist hauptsächlich auf die Massensteuern zurückzuführen. Zu nennen sind hauptsächlich die Hauszinssteuer und die Umsatzsteuer, die beide zusammen 1925 2671 Millionen Mark, oder rund 27 vH der gesamten Einnahmen ausmachten. Diese beiden Steuerarten werden allein schon von der breiten Masse in der Hauptsache getragen. Die Tabaksteuer erfuhr in dem genannten Zeitraum eine Verzehnfachung. Hinter der durchschnittlichen Steigerung bleiben die Einkommensteuer, die Grunderwerbssteuer, die Getränkesteuer und die Zuckersteuer zurück. Die Massensteuern bilden 1925 weit mehr den Grundstock der Steuern als 1913. Wenn also die Mehrbelastung des deutschen Volkes an Steuern und öffentlichen Abgaben festgestellt ist, dann darf man nicht außer acht lassen, daß diese in der Hauptsache von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen wird.

Arbeitslage in der Metallindustrie

Die im Juli 1926 einsetzende Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder unseres Verbandes kam im Januar 1927 fast zum Stillstand. Im Februar trat eine stärkere Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder ein. Dieser Rückgang hielt in den Monaten März, April und Mai an. Im Mai verminderte sich die Zahl der arbeitslosen Mitglieder um 2 vH, die der kurzarbeitenden Mitglieder um 1,1 vH. Stellt man die Zahlen von 1926 denen von 1927 gegenüber, so ergeben sich folgende Hundertsätze:

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Zusammen	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Januar	18,9	15,7	32,8	10,5	51,7	26,2
Februar	20,4	14,9	29,5	9,2	49,9	24,1
März	24,1	12,8	36,2	6,9	60,3	19,7
April	19,7	11,1	25,7	4,6	45,4	15,7
Mai	20,6	9,1	25,4	3,5	46,0	12,6

Den Verlauf der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in den deutschen Gewerkschaften zeigt das Schaubild. A. W.



„Hüter" des Arbeitszeitgesetzes

Der Arbeitgeber-Verband in Döbeln hat an seine Mitglieder einen Schreibebrief gerichtet, den wir zur Erbauung unserer Leser ungekürzt wiedergeben, wobei wir bemerken, daß die Unterstreichungen von uns herrühren.

Döbeln, den 25. Mai 1927.

An die Mitglieder!

Betr.: Unzulässigkeit von Nebenbeschäftigung, Pfuscharbeit und übermäßiger Privatarbeit.

Das sogenannte Arbeitszeitnotgesetz bezweckt durch die Vorschrift der Gewährung von Überstundenzuschlägen, die tägliche Arbeitszeit (von den umgelegten Arbeitsstunden abgesehen) auf 8 Stunden zu beschränken. Die Duldung freiwilliger Mehrarbeit, soweit Mehrarbeit nicht nach den Tarifverträgen oder auf Grund der sonst gesetzlich zugelassenen Möglichkeiten geleistet wird, macht den Arbeitgeber strafbar.

Daraus folgt zwingend, daß jede Art, die ein in einem Betriebe beschäftigter Arbeiter etwa außerhalb dieses Betriebes für einen anderen Arbeitgeber leistet, unzulässig ist. Der andere Arbeitgeber macht sich strafbar; der Arbeiter verstößt gegen die Pflichten des mit seinem Hauptarbeitgeber geschlossenen Arbeitsvertrages und hat die sich daraus ergebenden Folgen zu tragen.

Auf Grund mehrfacher Erörterungen dieser Seite der neuen Arbeitszeit-Gesetzgebung und unseren Mitgliederzusammenkünften ist der Unterzeichnete beauftragt worden, allen Mitgliedern durch Rundschreiben anzuempfehlen, auf Verstöße der Arbeitnehmer gegen die sich auch für sie aus dem Arbeitszeitnotgesetz ergebenden Pflichten zu achten und auf die Unterlassung jeglicher Nebenbeschäftigung von Arbeitern des Betriebes zum Zwecke des Erwerbes hinzuwirken. Auch sogenanntes Privatarbeiten, das heißt Arbeiten im eigenen Haushalt für dessen Zwecke (zum Beispiel Arbeiten im eigenen Garten oder Pachtland zur Ermöglichung der Selbstversorgung) sind dann unzulässig, wenn die dafür verwendete Zeit zu der achtstündigen Arbeitszeit im Betriebe nicht im richtigen Verhältnis steht, m. a. W. wenn solche Privatarbeit zur Hauptarbeit wird. Auch in solchen Fällen ist der Arbeitgeber berechtigt, von dem Arbeiter die Einschränkung dieser Privatarbeiten zu verlangen.

Von einem Anschlag am schwarzen Brett betreffend Verbot von Nebenbeschäftigung, Pfuscharbeit und übermäßiger Privatarbeit soll zunächst Abstand genommen werden, jedoch empfiehlt es sich, bei Gelegenheit die Arbeitnehmer auf vorstehendes aufmerksam zu machen und insbesondere Einzelfällen nachzugehen.

Hochachtungsvoll ...

Das Rundschreiben läßt tief blicken. Wenn der Arbeitgeber-Verband es für nötig hält, seine Mitglieder ausdrücklich auf die Strafbarkeit der Duldung von Überstunden aufmerksam zu machen, dann kann man getrost annehmen, daß in dieser Sache außergewöhnlich arg gesündigt wird. Die Sorge des Arbeitgeber-Verbandes gilt aber nicht nur den Nutznießern der Überstundenschinderei, sondern auch deren Opfern, den Arbeitern. Ihnen wird in dem Rundschreiben eingeschärft, daß das Arbeitszeitnotgesetz auch für sie Pflichten enthalte, nämlich, daß die Tätigkeit für andere Unternehmer, im Garten und im Haushalt unzulässig, ja strafbar sei. Dieser Hinweis ist natürlich aus reiner Liebe für die Arbeiter gemacht und nicht etwa, damit man aus ihnen im eigenen Betriebe noch mehr herausschinden kann. Auch dieser Hinweis läßt tief blicken. Wenn die Arbeiter in Döbeln wirklich so viel, wie da behauptet wird, auf Nebenerwerb ausgehen, so tun sie das gewiß nicht zu ihrem Vergnügen, sondern weil der Lohn, der ihnen für die regelmäßige Tätigkeit bezahlt wird, zum Leben nicht ausreicht. Der Hungerlohn zwingt die Leute zur Nebenarbeit.

Auch wir verurteilen außerbetriebliche Lohnarbeit, insbesondere die Pfuscharbeit nachdrücklichst und wünschen nichts mehr, als daß sie bald völlig verschwinde. Ein auskömmlicher Lohn ist dafür die Vorbedingung. Woher aber der Arbeitgeber-Verband von Döbeln das Recht nimmt, „von dem Arbeiter die Einschränkung dieser Privatarbeit zu verlangen", ist sein Geheimnis. Dieses Recht scheint dem Syndikus durch mondscheinnächtliche Erleuchtung gekommen zu sein. Doch sei dem wie ihm wolle. Wenn die Unternehmer ein solches Recht zu haben glauben, haben es ihre — gleichberechtigten — Vertragspartner, die Arbeiter natürlich ebenfalls. Wenn die Fabrikanten sich berechtigt halten, die Tätigkeit ihrer Arbeiter nach Feierabend zu beschnüffeln und zu untersagen, so sind die Arbeiter ebenso berechtigt, nachzusehen ob ihre Fabrikanten nach Feierabend einen Nebenerwerb betreiben und diesen zu untersagen. Die Unternehmer werden die Anmaßung eines solchen Rechtes durch die Arbeiter für übergeschnappt halten. Wir halten es umgekehrt ebenso.

Daß sich der Arbeitgeber-Verband in Döbeln noch anzumaßen wagt, die Arbeiter außerhalb des Betriebes in ihrer Freizeit zu beschnüffeln oder zu bevormunden, das läßt gleichfalls tief blicken. Es läßt auf keinen guten Stand des Selbstbewußtseins und der Organisation der Arbeiter in Döbeln schließen. Hätten sie geziemend Rückgrat, organisatorische Stärke, Mannesbewußtsein und Nägel auf den Schuhen, ihre Kollegen wären längst davon abgekommen, solche Schreiben zu produzieren.

Die Eisengießerei der Crimmitschauer Maschinenfabrik

In diesem Betriebe wäre für die Gewerbeaufsicht manches zu tun. So gibt es keinen getrennten Mannschafts- oder Speiseraum, keinerlei Bodeneinrichtung und zum Aufwärmen des Kaffeewassers und des Mittagessens langt oft der Dampf nicht. Seit Jahresfrist herrscht hier ein Leipziger als Meister. Als er noch selbst Arbeiter war, mimte er den größten Radikalinski. Sein Sprachschatz scheint Brehms Tierleben zu entstammen. Wer ihm widerspricht, macht ihn wild. Doch das nur nebenbei. Die Trockenkammern sind ohne jede Beleuchtung, die alten Kerzen geben keinen Schutz gegen Hitze. Es wird weiter auf Kosten der Gesundheit rationalisiert. Die Größe der den Formern zugewiesenen Plätze sind so klein, daß es für einen großen Teil nicht möglich ist, mehr zu verdienen wie ein Lohnarbeiter, außerdem bekommt mancher den Preis für seine ausgeführte Akkordarbeit nicht vorher, wie es der Vertrag vorschreibt, sondern später mitgeteilt. Bei einer Beschwerde wurde vom Meister erwidert: „Es kommen auch schlechtere Zeiten (Androhung der Entlassung)." Ausbauen der Kästen und Haken scheint man für überflüssig zu halten. Durchgänge und Dreckhaufen dienen den Lehmkernmachern als Plätze zur Herstellung größerer Lehm- und Schablonenkerne. Die Kernmacher und Putzer werden zum Schleppen von Pfannen während des Gießens herangezogen, obwohl sie mit ihrer Arbeit nicht fertig werden (Überstunden).

Infolge erhöhter Aufträge versucht man auswärtige Kollegen zu kapern. Die hiesigen verrichten lieber andere, leichtere Arbeiten, wobei sie ebensoviel verdienen. Da sich jetzt der Direktor mit Vergrößerungsplänen trägt, fragte ihn der Betriebsvertreter nach der schon mehrfach geforderten Einrichtung eines Bades. Die Antwort lautete: Kein Geld!

*

Eine Tagung der Nähmaschinenarbeiter

in Karlsruhe (am 12. Juni 1927) behandelte die in der Nähmaschinenindustrie sich vollziehenden Umstellungen auf das Fließ- und Bandsystem und das sich daraus Ergebende für die Arbeiterschaft. Kollege Buse vom Vorstand des DMV gab die Ergebnisse der Umfrage bekannt, die im April 1927 erfolgte. Diese Ausführungen erfuhren eine Ergänzung durch die Berichte der Betriebsobleute. Über die Tagung wird in Verbindung mit den Ergebnissen der statistischen Erhebung nächstens ein Protokoll erscheinen, so daß eine ausführliche Schilderung der Verhandlungen an dieser Stelle unterbleiben kann. Einer besonders scharfen Kritik unterstanden die von den Händlern geforderten Preise für Nähmaschinen. Diese sind 60 bis 90 vH höher als der Fabrikpreis. Eine derart maßlose Verteuerung hemmt den Absatz, nicht aber der Arbeitslohn oder der Achtstundentag, wie das so vielfach behauptet wird. — Nach der Tagung erfolgte eine Besichtigung des Betriebes der Firma Haid & Neu in Karlsruhe, der in großem Ausmaß auf das Fließ- und Bandsystem umgestellt worden ist. Über diese Besichtigung wird ein besonderer Bericht erstattet werden.

*

Zur Gleichstellung mit Schwerbeschädigten

Die Schwerbeschädigteneigenschaft ist nach den gesetzlichen Bestimmungen an eine Erwerbsbeschränkung von mindestens 50 vH gebunden. Wird die Erwerbsminderung eines Beschädigten auf 40 vH herabgesetzt, so verliert dieser nach Ablauf eines Jahres den Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes. Kündigungen können nach diesem Zeitpunkte ohne Zustimmung der Hauptfürsorge erfolgen. Der Beschädigte kann jedoch, wenn seine Erwerbsminderung mindestens 30 vH beträgt, nach § 8 des Schwerbeschädigtengesetzes auf Antrag von der Hauptfürsorgestelle den Schutz dieses Gesetzes zuerkannt bekommen, wenn er sich ohne dessen Hilfe einen geeigneten Arbeitsplatz nicht zu verschaffen oder zu erhalten vermag. Solche Gleichstellungen aber haben nach einer Entscheidung des 8. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 21. Mai 1926 keine rückwirkende Kraft. In den Gründen wird ausgeführt, daß ein solcher Akt nicht rechtsfeststellend, sondern rechtsgestaltend sei und mangels ausdrücklicher Vorschrift keine Rückwirkung äußern könne. Wird einem Beschädigten also infolge Herabsetzung seiner Erwerbsminderung unter 50 vH nach Ablauf eines Jahres gekündigt, so ist die Kündigung rechtswirksam, auch wenn die Gleichstellung beantragt ist, diese aber erst nach dem Kündigungstermin ausgesprochen wird. Liegen bei einem Beschädigten, der in seiner Erwerbsminderung unter 50 vH herabgesetzt wurde, die Voraussetzungen für eine Gleichstellung mit den Schwerbeschädigten vor, so muß der diesbezügliche Antrag so frühzeitig gestellt werden, daß selbst im Falle der Ablehnung des Antrages durch die Hauptfürsorgestelle auch der Schwerbeschädigtenausschuß als Beschwerdeinstanz seine Entscheidung noch vor Ablauf eines Jahres, vom Tage der Herabsetzung der Erwerbsminderung an gerechnet, treffen kann. Also ohne Zeitverlust den Antrag auf Gleichstellung stellen!

*

Aufträge der Reichsbahn. Die Reichsbahn beginnt jetzt die Aufträge für den elektrischen Betrieb zu vergeben. In Auftrag gegeben wurden 88 Lokomotiven aller Art, 15 Triebwagen und 15 Steuerwagen. Diese Aufträge werden von folgenden Firmen ausgeführt: AEG, Siemens & Halske; Brown, Boveri & Cie, Mannheim; Lokomotivfabrik Krauß, München; Berliner Maschinenbau A.-G. vorm. L. Schwartzkopff; Lokomotivfabrik J. A. Maffei, München; Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg; Linke-Hofmann-Werke und Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg.

Schriftenschau

Kunstschaffen und Kunsterleben. Von John Schikowski. Eine kurze, volkstümliche Anleitung zum Verständnis der Malerei, Plastik und Baukunst aller Zeiten und Völker. Der Verfasser gibt eine Übersicht über die Gesamtentwicklung der bildenden Künste von den Urzeiten bis auf den heutigen Tag. An der Hand der geschichtlichen Betrachtungen werden die Grundlagen alles künstlerischen Schaffens verständlich gemacht. Ein reiches Bildermaterial unterstützt die Ausführungen. Ein besonderer Vorzug ist die hervorragende Ausstattung und die technisch mustergültige Herstellung. Preis 5,50 M. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, bringt zwei neue Bücher heraus, die sich als Lesestoff vorzüglich eignen. — **„Befreiung"** (Geschichte eines jungen Menschen). Von Johannes Schlaefer. Das ist kein Roman im üblichen Sinne, sondern die Entwicklungsgeschichte eines jungen Menschen, der aus einer freudlosen Kindheit und Jugendzeit aufwächst in das befreiende Licht einer besseren Zukunft. Ein Schattenriß, eine Lebensbeichte voll Qual, Sehnsucht und gläubiger Zuversicht, ein ehrlicher Bericht, der nicht nur ein persönlicher, sondern auch ein sozialer Beleg ist für die Entwicklungsnot von sich emporringender Menschen. Der Maler Max Schwimmer hat mit großer Liebe eine Fülle von Bildern dem Werke beigegeben. — **„Sonnentage", Reisebilder aus Andalusien.** Von Martin Andersen Nexö. Andersen Nexö offenbart sich in diesem Reisebuch aus Spanien als ein feinsinniger Beobachter und geistvoller Schilderer von Land und Leuten, die er höchst anschaulich und bewegt darstellt. Der kühle Nordländer malt in blendenden Farben die südlichen Landschaften. Zahlreiche Photobeilagen veranschaulichen die Eindrücke des Dichters und verleihen dem schönen Werke einen besonderen Reiz.

Der „Wahre Jakob", der ab 1. Juli d. J. vom Verlag J. H. W. Dietz Nachf. erneut herausgegeben wird (die erste Nummer erscheint bekanntlich am 9. Juli), hat in der Witzblattliteratur Deutschlands eine überaus bedeutsame Rolle gespielt. Sein Begründer Heinrich Dietz verstand aus dem „Wahren Jakob" in einer Zeit, die die Witzblätter Deutschlands weit weg von der Seite des werktätigen, ringenden Volkes geführt hatte, eine Zeitschrift zu machen, die sofort zum Herzen des Volkes sprach. Wenn jetzt der „Wahre Jakob", getreu den kulturellen Richtlinien seines Begründers, entsprechend den Verhältnissen von 1927 im 40. Jahrgang wieder ins Leben gerufen wird, gut in der Satire, flott im Humor, in der äußeren Ausstattung gemäß dem Grundsatz, daß das Beste gerade gut genug ist für die Arbeiterschaft, so wird er, an Stelle von „Lachen Links" tretend, die Beachtung aller derer für sich haben, die den Wert der politischen Satire begriffen haben und die das Lachen in ernster Zeit nicht zu verlernen gewillt sind.

Arbeiterrat Groß-Hamburg. Bericht für das Jahr 1926. Hamburg hat seit 1920 in der Verfassung den Arbeiterrat verankert, der zur Ausführung der reichsrechtlichen Vorschriften neben dem Wirtschaftsrat berufen ist. Der vorliegende Bericht gibt Aufschluß über die Tätigkeit und das Tätigkeitsgebiet.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Telephon-Nummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 630 90

Mit Sonntag dem 3. Juli ist der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Juli 1927 fällig.

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung hätten finden können. Meistens war diesen Anfragen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, **daß sich alle Mitglieder mit ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden haben.** Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erledigung nicht erreichen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weiterzuleiten oder von dem Mitglied selbst **unter Beifügung eines Ausweises über die Mitgliedschaft** dem Vorstand einzureichen.

•

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag einer **Feststellungskommission in München:**

Der Former **Max Holy,** geb. am 21. September 1894 zu München, Mitgliedsbuch Nr. 1,783581, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

•

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 5,569311, lautend auf den Schlosser **Karl van Endt,** geb. am 7. August 1901 zu Haan. (Friedrichshafen).

Stuttgart, Rötestraße 16. **Der Verbandsvorstand.**

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von **Metallarbeitern aller Branchen** nach **Göritz** (Maschinenfabrik Kosmos, Inh. R. Pawlikowski); nach **München** (Wamsler-Werke, A.-G., Vereinigte Ofen- und Herdfabriken Gärtner & Co., A. G., J. M. Geggelmann) St.;

von **Metalldrückern** nach **Wittenberg** (Norddeutsche Aluminiumwerke Wittenberg, Rothemark) Mi.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v St = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung.

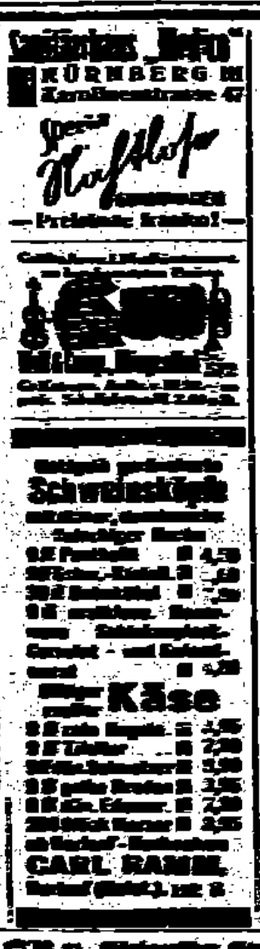
Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

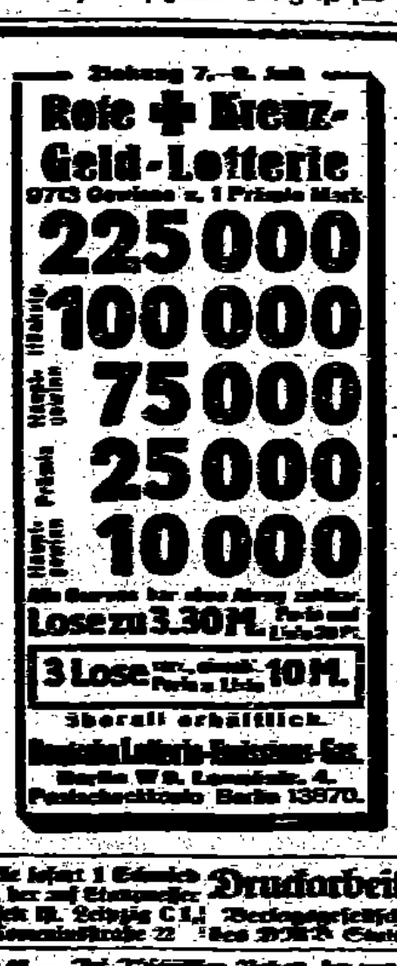
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

Dresden. Angestellter für Innen- und Außendienst gesucht, der in der Gewerkschaftsbewegung bewandert und mit den gesamten Fragen des Arbeiterrechts voll vertraut sein muß. Kenntnis der Metallarbeiterjugendbewegung ist erwünscht, da diese Tätigkeit mit in Betracht kommt. 10jährige Verbandszugehörigkeit ist Voraussetzung. Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift „Bewerbung" an die Ortsverwaltung des DMV, Dresden-A., Schützenplatz 20, bis spätestens 9. Juli.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16





Billige böhmische Bettfedern

Ein kg graue geschlissene Mk. 3,—, halbweiße Mk. 4,—, weiße Mk. 5,—, bessere Mk. 6,—, 7,—, daunenweiche Mk. 8,—, 10,—, beste Sorte Mk. 12,—, 14,—, weiße ungeschlissene Mk. 7,50, Mk. 9,50, beste Sorte Mk. 11,—. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes 34, bei Pilsen, Böhmen

Musik-Instrumente für Orchester, Schule und Haus. Großer Katalog umsonst. Teilzahlung gestattet.

Max Dörfel, Klingenthal i. Sa. 128

Das Werkzeug

Probenummer kostenlos

Maetzig & Co., Berlin W 35, Lützowstr. 2b

Größte Produktion der Welt!

OPEL